Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Richard Ille, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 144. Halle, Mittwoch den 26. Juni 1918. 2. Jahrgang.

Graf Westarp Triumphator.

Kanzler und Kühlmann in der Kriegsdebatte.

Aus dem Reichstage schreibt man uns:

Wenn wir der Vermutung Ausdruck gegeben haben, daß die scharfe Anti-Kühlmannrede des Grafen Westarp in der Montag-Sitzung des Reichstags der weiteren Debatte noch Anlaß zur Beschäftigung geben dürfte, so hat schon der Beginn der Dienstag-Sitzung dies bestätigt. Ob es nun die Rede des Grafen Westarp oder auch die Angriffe der Annexionistenpresse oder schließlich andere Faktoren gewesen sind, die den Reichskanzler und Herrn v. Kühlmann zu so rascher Erwiderung veranlaßten, kann man dahin gestellt sein lassen. Eigentlich müßte es doch erstaunlich sein, wenn der Rede des Vertreters einer im Reichstage selbst ziemlich bedeutungslosen Fraktion solches Gewicht beigemessen würde. Aber immerhin — der Reichskanzler und Herr v. Kühlmann sprachen. Die Rede des Grafen Hertling bot kaum etwas Neues. Nach der Haltung Wilsons habe es keinen Zweck, immer wieder die Friedensbereitschaft zu betonen. Deutschland müsse eben den aufgezwungenen Verteidigungskrieg, an dessen Ausbruch es erwiesenermaßen schuldlos sei, erfolgreich zu Ende führen und um den Ausgang brauche ihm nicht bange zu sein. Immerhin brachte er den Kühlmannstürzern die kleine Genugtuung, jede Erörterung der Schuldfrage als überflüssig zu bezeichnen. Dann erhob sich der Staatssekretär v. Kühlmann, um dem Grafen Westarp zu erwidern. Er tat dies mit dem Stenogramm der Westarpschen Rede in der Hand, Punkt für Punkt und immer wieder betonend, daß er keineswegs das gesagt habe, was der konservative Redner aus seiner Rede herausgehört hatte. Die ausschlaggebende Bedeutung des militärischen Erfolgs für die Herbeiführung von Friedensverhandlungen habe er tags zuvor durchaus anerkannt und hervorgehoben.

Wenn der Staatssekretär geglaubt haben sollte, mit diesem wenig imponierenden Eingehen auf die konservativen Wünsche seine Gegner zu entwaffnen, so hatte er sich darin, wie gleich die Rede des Nationalliberalen Dr. Stresemann zeigte, gründlich geirrt. Trotz der zweiten Kühlmannrede haben die Angriffe Stresemanns an äußerster Heftigkeit nichts übrig gelassen. Die Anhänger des Gewaltfriedens wollen Kühlmann weg haben, das steht fest.

Außerdem sprachen in der Sitzung der Fortschrittler Naumann, dessen rednerisch ungemein ansprechende Art doch nie recht den Eindruck eines klaren politischen Willens macht, der Unabhängige Sozialdemokrat Haase, dem das Verhalten der Reichsregierung und die sozusagen auf dem Boden des Ostfriedens entstandenen Zustände und vorgekommenen Ereignisse Stoff zu schneidender Kritik gaben und für die deutsche Fraktion der antisemitische Oberlehrer Dr. Werner-Gießen, der aber jetzt im Kriege nie so recht nach Herzenslust in die Fußtapfen Ahlwardts und Stöckers treten kann.

*

Das Ergebnis des zweiten Tages der Beratungen über den Haushaltplan des Reichskanzlers war ein Sieg des Grafen Westarp. Der konservative Redner hatte das rücksichtslose Annexionsprogramm der Eroberungspolitiker vertreten und sich scharf gegen den Staatssekretär v. Kühlmann gewendet wegen dessen Wendung, daß durch rein militärische Entscheidungen allein ein absolutes Ende des Krieges kaum erwartet werden könne. Die Rede Westarps hatte heute zu Beginn der Sitzung nicht nur den Staatssekretär zur Erwiderung auf den Plan gerufen, sondern auch den Reichskanzler selbst. Beide Redner hatten kein Wort gegen das Eroberungsprogramm des Grafen Westarp, ihre Reden waren weiter nichts wie Abwehrungen und Entschuldigungen. Namentlich Herr v. Kühlmann erklärte, Satz für Satz von dem konservativen Redner nicht verstanden worden zu sein. Deshalb konnten die beiden Redner mit ihren Ausführungen auch nur den peinlichsten Eindruck auf der Linken hervorrufen. Welche Verwirrung durch diese Reden angestiftet worden ist, das wird sich aus dem Echo ergeben, das sie in der feindlichen Presse mit ihren Ausführungen finden werden.

Hertling und Kühlmann hatten erklärt, daß sie jeden ernsten Schritt zum Frieden prüfen würden. Dasselbe haben wir aber auch von den feindlichen Staatsmännern in den letzten Wochen hundertmal gehört. Wäre es da nicht richtiger gewesen, wenn man von unserer Seite etwas deutlicher geworden und sich über die Kriegsziele, namentlich aber über Belgien, deutlich ausgesprochen hätte? Konnten sich schon bisher leider die feindlichen Staatsmänner darauf berufen, daß die deutsche Regierung klaren Erklärungen ausgewichen sei, so wird das nach den Worten des Reichskanzlers und des Staatssekretärs vor dem Grafen Westarp erst recht der Fall sein. Der gestrige Tag muß danach als der unglücklichste bezeichnet werden, den wir bisher in den langen Kriegsparlamentsdebatten gehabt haben.

Auf eins möchte noch einmal besonders zurückgekommen sein. Es ist schon gesagt worden, daß die Aeußerung Kühlmanns, daß rein militärische Entscheidungen den Krieg nicht beendigen würden, den besonderen Unwillen des Grafen Westarp erregt haben. Zu solcher Erregung lag jedoch für den Grafen Westarp gar kein Grund vor, denn Herr v. Kühlmann hatte nur eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen, wenn er sagte, daß bei dem Umfange des Krieges und der Zahl der an ihm beteiligten Mächte an eine rein militärische Entscheidung ohne jeden diplomatischen Gedankenaustausch nicht gedacht werden könne. Eine rein militärische Entscheidung würde bedeuten, daß wir den Gegnern den Frieden diktieren. Darüber sind sich aber alle einsichtigen Menschen klar, daß dies weder der einen noch der andern der beiden feindlichen Koalitionen möglich sein wird. Deshalb war wohl der Gedankengang Kühlmanns, daß die Aussprache zwischen den feindlichen Staatsmännern in den Parlamenten zu einem greifbaren Ergebnis führen möchte. Graf Westarp hat dies als ein neues Friedensangebot bezeichnet. Der größte Teil des Volkes würde es begrüßt haben, wenn das der Fall gewesen wäre. Diese Auffassung des Grafen Westarp hat heute Herr v. Kühlmann ausdrücklich noch einmal als irrig zurückgewiesen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit es noch einmal — wie schon in unserm Montags-Artikel: Friedensnarrungen —, als unsere Auffassung feststellen, daß es bisher die Gegner gewesen sind, die den Frieden nicht wollten, und die Erfolge unserer Waffen die Gegner zur Vernunft bringen müssen, wenn sie sich dauernd den Friedenswünschen der Völker widersetzen, weil sie ihr Eroberungsprogramm nicht aufgeben wollen. Wir wollen aber auch keinen Zweifel daran lassen, daß der Friedenssache der allerschädlichste Dienst erwiesen wird, wenn unsere Staatsmänner nicht den Mut haben — oder nicht haben dürfen —, gegen unsere Eroberungspolitiker Front zu machen.

Kritik an der friedensfeindlichen englischen Regierung.

Bern, 25. Juni. In einer der letzten Sitzungen des englischen Oberhauses wandte sich Lord Brayne in längerer Rede gegen die feindselige Haltung der englischen Regierung allen Friedensbemühungen gegenüber. Lord Brayne wies darauf hin, daß die letzte Friedensnote des Papstes vom August vorigen Jahres nicht beantwortet wurde und daß zwischen England, Frankreich und Italien geheime Abmachungen bestehen, die eine Beteiligung des Heiligen Stuhles an der Friedenskonferenz unmöglich machen sollen. Lord Brayne sagte: Die Weigerung der Entente, dem Papste zu antworten, sei eine der traurigsten Episoden unserer Zeit. Die Worte des Papstes wurden mit Schweigen beantwortet. Indessen wurde die Blüte unserer Jugend und wird nun die Blüte unseres reifen Mannesalters hingeschlachtet. Es ist ein großes Unglück, daß die Gelegenheit zum Abschluß eines ehrenhaften Verständigungsfriedens mehr als einmal versäumt wurde. Lord Danemore antwortete im Namen der Regierung, daß die Entente sich der entscheidenden Antwortnote des Präsidenten Wilson an den Papst gewissermassen angeschlossen und infolgedessen keine besondere Antwort für nötig erachtet habe.

Vorschlag zu neutraler Friedensvermittelung.

Freiburg, 25. Juni. (Meldung der schweizerischen Depeschenagentur.) Das hiesige katholische Friedensinstitut für Völkerversöhnung hat dem Bundesrat eine ausführliche Blitzschrift eingereicht mit dem Vorschlage, den ersten Schritt zugunsten des Friedens zu tun oder einen etwaigen Schritt anderer neutraler Staaten zu unterstützen. Das Institut hält den psychologischen Moment für einen solchen Versuch für gekommen.

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses vom Dienstag drehten sich in der Hauptsache um das Schicksal der Auslandsdeutschen in Bessarabien und der Ukraine. Graf Westarp führte aus, daß die bessarabischen Ansiedler eine gewisse Selbständigkeit haben wollten zur Ansiedlung im kompakten Gebiet. Aehnliche Pläne hätten die Deutschen in Südrußland, die sich in Taurien und in der Ukraine anzusiedeln wünschten. Die so entstandenen staatlichen Gebilde wünschten dann Anlehnung an die Ukraine. Die Regierung soll diesen Wünschen Entgegenkommen zeigen. Gegenüber diesen Forderungen wurde von verschiedenen Seiten eingewendet, daß sie zu außerordentlich bedenklichen Konsequenzen führen müßten. Gen. Roske sagte, so tragisch das Schicksal der Deutschen in Rußland sich auch gestaltet habe, so dürfe man doch nicht Pläne unterstützen, die selbständige Staaten keineswegs zu ertragen imstande seien. Wie wolle man z. B. ein deutsches autonomes Sebastopol auf die Dauer halten? Man solle natürlich den Deutschen im Auslande möglichst entgegenkommen, aber das könnte doch nichts anderes sein, als deutsche Bürger in fremden Staaten, die sich den Bedingungen ihres neuen Heimatlandes möglichst anpassen müßten. Auch Scheidemann äußerte sich dahin, man müsse zwar die Deutschen im Auslande möglichst schützen, aber die Ausländer müßten doch die Konsequenzen ihrer Auswanderung selber übernehmen. Wohin würde man z. B. kommen, wenn man sich der Deutschen in Amerika in dieser Weise, wie es jetzt von den Deutschen in Südrußland gefordert werde, annehmen wolle? Ganz ähnliche Ausführungen machte der Abg. Naumann (Vp.), der sagte, einzelne Forderungen der Deutschen im Auslande seien geradezu phantastisch, beispielsweise wenn sie eine besondere Justiz nach Art der früheren Kapitulationen in der Türkei, sowie weiter verlangten, im deutschen Heere zu dienen. Darauf könne doch eine Regierung unmöglich eingehen. Zu verhandeln seien nur andere Forderungen der Auslandsdeutschen nach lokaler Verwaltung, eigenen Schulen usw. Staatssekretär v. Kühlmann führt dazu aus, die Regierung käme den Wünschen dieser Auslandsdeutschen möglichst entgegen, das bessarabische Problem sei begrenzt und werde auf volles Verständnis in Rumänien treffen. Sehr schwierig liegen dagegen die Dinge in der Ukraine und in Groß-Rußland, wo massenhafte Umsiedlungen notwendig würden, wollte man die Wünsche der Ansiedler befriedigen. Es sei zu hoffen, daß entsprechende Forderungen trotzdem gestellt würden. Zu den Gebietsabtretungen im rumänischen Friedensvertrag fragte Scheidemann, wie man denn eigentlich aus dem provisorischen Kondominium herauszukommen gedenke. Aehnliche Fragen stellen Graf Praschma (Zentr.) sowie Naumann (Vp.). Die Antwort des Staatssekretärs v. Kühlmann ist vertraulich. Die Artikel 6—12 des Friedensvertrages werden hierauf genehmigt.

Eine neue Kriegsrede Lloyd Georges.

Bei der dritten Lesung der Consolidated Fonds Bill im englischen Unterhause antwortete Lloyd George auf eine an ihn gerichtete Anfrage über die augenblickliche militärische Lage. Nachdem er sich befriedigend über die amerikanische Hilfe geäußert, sprach er sich über die Stärkeverhältnisse der feindlichen Armeen an der Westfront aus, um dann fortzufahren: Während der nächsten beiden Monate wird die Lage sehr bedenklich sein, aber sie wird sich, vom Standpunkte der Verbündeten aus betrachtet, allmählich wieder bessern. Ohne Uebertreibung sage ich, daß es töricht wäre, wenn die Alliierten mit Bangem dem Ausgange dieses Kampfes entgegensehen. Wir stehen am Vorabende großer Ereignisse. Es wird vielleicht binnen wenigen Stunden oder innerhalb weniger Tage eine große Schlacht entbrennen, und der Verlauf des Krieges kann von dem Ausgang dieses Ringens abhängen. Aber die Alliierten waren nie besser auf den Stoß vorbereitet als jetzt. Der letzte französische Angriff der Deutschen auf dem französischen Frontabschnitt ist zweifellos mißglückt. Der Feind hat das Ziel nicht erreicht, weil wir den Gegenangriff unternahmen. Er erwartete zweifellos, und hierfür haben wir die Beweise, bis Compiegne vorzudringen. Er kam jedoch nur bis Villers Cotterets. Alles in allem kann der letzte Angriff der Deutschen auf die Stellungen der Verbündeten zweifellos als eine Niederlage angesehen werden. Ich muß zugeben, daß ihr erster Angriff eine vollständige Ueberrumpelung war und für sie einen großen Erfolg bedeutete. Aber wir haben zu viel auf den deutschen Erfolg und zu wenig auf den eigenen acht gegeben.

Was Rußland anbetrifft, so befindet sich dieser Staat heute in einem chaotischen Zustand. Fast in keinen zwei Dörfern findet man dieselbe Regierung. Es ist schwer, von einer russischen Regierung zu sprechen in dem Sinne, als ob es eine Regierung für das ganze Land gäbe. Das ist eine der Schwierigkeiten, wogegen wir zu kämpfen haben. Wir haben es nicht mit jemanden zu tun, der für Rußland in seiner Gesamtheit verantwortlich ist. Man hat gesagt, daß Nasokow Botschafter des Zaren sei. In Wirklichkeit ist er der Geschäftsträger Kerenskis, der eben solch ein Sozialrevolutionär und Demokrat ist, wie der Abgeordnete King, der die Angelegenheit zur Sprache gebracht hat. Kerenski und seine Regierung vertreten Rußland in seiner Gesamtheit. Rußland war damals noch nicht in Stücke gerissen und Kerenski konnte zu jeder Zeit als der Vertreter einer Regierung angesehen werden, die eine Kontrolle über ganz Rußland von Wladiwostok bis zum Kaukasus ausübte. Die Lage hat sich nun ganz anders gestaltet. In Moskau ist eine Regierung, aber es befindet sich eine solche auch in fast jedem andern Ort. Man kann keine Beziehungen mit einem Abgeordneten oder einem Körper in irgend einem Teile Rußlands anknüpfen und sagen, daß diese Regierungsgewalt Rußland in seiner Gesamtheit vertrete, denn in Rußland sind die Interessen so verschiedenartiger Natur, daß man von heute auf morgen niemals weiß, was Rußland eigentlich ist. Ich gebe zu, daß es nicht nur bedeutungsvoll, sondern auch gerecht und billig wäre, daß wir Rußland unterstützen, wenn es unsern Beistand wünscht: Ich erfahre aus sehr guter Quelle, daß sich der Haß gegen die Deutschen, namentlich in den besetzten Gebieten in der letzten Zeit immer mehr vertieft hat. Man hat Grund zu der Erwartung, daß Rußland mehr als je bereit sein wird, an einer Bewegung teilzunehmen, die die Vertreibung der Deutschen aus ihrem Geburtslande zum Ziele hat. Diese Lage der Dinge erfüllt uns mit Hoffnung. Der Zugang zu Rußland ist sehr schwierig. Es gibt nur ein Land, das einen guten Zugang zu Rußland hat; das ist Japan.

Die Ereignisse, die sich in Italien abgespielt haben, sind vielversprechend. (Beifall.) Es handelt sich um eine militärische Niederlage oder einen Sieg, die unendlich größere Folgen haben können als andre. Einer Macht ist eine Niederlage beigebracht worden, in der die Verhältnisse nicht die besten sind, um diese Schlappe zu überwinden. Oesterreich raffe zu dieser Offensive alle Mannschaften zusammen, die es nur entbehren konnte. Es warf sich mit seiner ganzen Kraft auf die italienische Armee. Mehr als 50 Prozent des österreichisch-ungarischen Effektivbestandes sind ins Feuer geleitet worden. Die Oesterreicher überschritten die Piave; sie eroberten einen sehr wichtigen Teil des Montello, und wenn sie diesen Berg ganz besetzt hätten, würden sie vielleicht in den Rücken der Stellungen der Alliierten gekommen sein. Das wäre möglicherweise verhängnisvoll geworden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180626-16/fragment/page=0001

Reichstag.

180. Sitzung. Dienstag, 25. Juni, nachmittags 2 Uhr.

An Bundesratstische: Graf Hertling, v. Payer, v. Kühlmann.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Abg. Schmitt (Würzburg) (Soz.) weist darauf hin, daß in gewissen Teilen Süddeutschlands infolge der hohen Wasserstrahtarife die Brennstoffe aus dem Ruhrgebiet wesentlich teurer zu stehen kommen als die Ruhrkohlenprodukte, die auf der Bahn transportiert werden.

Ein **Regierungsvertreter** sagt, auf der Tribüne unverständlich, die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen dar.

Auf eine Anfrage des Abg. Prinz zu Schönaich-Carolat (natl.), der auf eine Meldung hinweist, wonach im Kameruner Gebiet in englische Gefangenschaft geratene deutsche Offiziere und Mannschaften unmenschlich gemartert worden sind, erwidert

Oberst v. Transeck, daß, falls dies zutreffen sollte, strenge Bestrafung der Schuldigen gefordert werden würde.

Auf eine weitere Anfrage des Prinzen zu **Schönaich-Carolat**, über die Verpflegung der deutschen Gefangenen in Malta, erwidert

Ministerialdirektor **Kriege**, die Ermittelungen hätten ergeben, daß die Ernährung auf Malta zurzeit besser sei als in England selbst.

Abg. Doormann (Sp.) fragt an, ob den deutschen Lehrern in Lodz das Feldpostrecht gewährt werden könne.

Geh. Postrat Duck: Die Reichspostverwaltung wird die Frage prüfen.

Abg. **Schiele** (k.) wünscht, daß während der Erntezeit Landleute nicht mehr zum Heeresdienst einberufen werden.

Oberst v. **Braun:** Da wir die allgemeine Wehrpflicht haben, kann nicht eine ganze Berufsklasse zurückgestellt werden.

Hierauf wird die geistige Debatte über den

Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts

fortgesetzt.

Reichskanzler Graf **Hertling:**

Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, in diese Aussprache einzugreifen. Die Gründe für diese beabsichtigte Zurückhaltung liegen auf der Hand. Es sind die Erfahrungen, die meine Amtsvorgänger mit dem Erfolg ihrer Reden gemacht haben. Sprachen wir von unserer friedfertigen Gesinnung, von unserer Friedensbereitschaft, so wurde das von den einen als ein Symtom unserer Schwäche, unseres unmittelbaren Zusammenbruchs aufgefaßt, von den anderen als eine hinterlistig gestellte Falle gedeutet, sprachen wir dagegen von unserem unerschütterlichen Willen, den uns aufgezwungenen Eroberungskrieg erfolgreich abzuwehren, so hörte man auf der anderen Seite die Säbel klirren und es hieß: das sei die Stimme des preußischen Militarismus, mit dem sich auch die leitenden Staatsmänner wohl oder übel abgefunden hätten. Ich bin dann am 24. Februar ein Stück weiter gegangen und habe Stellung genommen zu der Botschaft des Präsidenten Wilson. Ich habe seine bekannten vier Punkte hier besprochen und grundsätzlich

meine Zustimmung zu diesen vier Punkten

erklärt. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß diese vier Punkte möglicherweise die Grundlage für einen allgemeinen Weltfrieden hätten. Irgendwelche Aeußerungen des Präsidenten Wilson sind darauf nicht erfolgt. (Hört! hört!) Es hätte deshalb gar keinen Zweck, den damals aufgenommenen Faden weiterzuspinnen, insbesondere nicht angesichts der Aeußerungen, die uns seitdem insbesondere aus Amerika zu Gehör gekommen sind. Diese Auslassungen haben ja wirklich erfreuliche Deutlichkeit erkennen lassen, was unter dem Völkerbund zur Erhaltung von Freiheit und Gerechtigkeit zu verstehen sei. Zu deutlich ist bei unseren Gegnern zu erkennen, was dieser zu bildende Völkerbund nach ihrer Ansicht in Wirklichkeit sein würde und daß es ihnen gar keine Schwierigkeiten machen würde, mit ihm das auffstrebende Deutschland zu isolieren und ihm durch wirtschaftliche Abschnürung den Lebensnerv abzuschneiden. (Sehr richtig!)

Ich habe es dagegen für durchaus angemessen gehalten, daß der Staatssekretär des Aeußern zeitigen Mitteilungen über die Einzelheiten unserer politischen Lage im Osten, von Finnland bis zum Schwarzen Meer, hier machte, zu denen er auf Grund seiner Sachkenntnis und auf Grund der Erfahrungen besonders berufen war, die er sich durch mehrmonatige aufopfernde und erfolgreiche Beteiligung an den Friedensverhandlungen im Osten erworben hat. Ich bin auch der Meinung, daß der Staatssekretär sich dieser Aufgabe durchaus sachgemäß entledigt hat. Dagegen haben einige seiner Aeußerungen, wie ich zu meinem Bedauern feststellen muß, in weiten Kreisen

eine mehr oder weniger unerfreuliche Aufnahme

erfahren. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Der Staatssekretär hat die Schuldfrage am Kriege gestreift. Ich will darauf nicht weiter eingehen. Diese Schuldfrage können wir getrost der Geschichte überlassen. (Zustimmung.) Schon jetzt liegen die Zeugnisse vor, die beweisen, daß Deutschland nicht schuld an diesem Kriege war, daß Deutschland nicht die Fackel entzündet hat, die diesen Weltbrand entfachte. (Zustimmung.) Es liegt mir nun daran, einige Mißverständnisse auszuräumen, die, wie mir scheint, bei der Beleuchtung des zweiten Teils der Rede des Staatssekretärs obgewaltet haben. Die Tendenz dieser Ausführungen des Staatssekretärs war lediglich, die Verantwortung zu der Fortsetzung und unabsehbaren Dauer des entsetzlichen Krieges den feindlichen Mächten zuzuschieben, ganz in dem Sinne, wie ich es hier am 24. Februar getan habe. Denn von einer Erlahmung unseres energischen Willens, von einer Erschütterung unserer Siegeszuversicht kann ja doch selbstverständlich nicht die Rede sein. (Demonstrativer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Kaiser und Reich, Fürst und Volk arbeiten vertrauensvoll zusammen. (Erneuter Beifall.) Dieses Vertrauen gründet sich auf unsere unvergleichlichen Truppen (Bravo!), auf ihre genialen Führer (Erneuter Beifall), auf das einheitliche und unerschütterliche zusammenstehende Volk, das so Großartiges in den hinter uns liegenden vier Jahren geleistet hat. Wir dürfen hoffen, daß der Allmächtige, der uns bisher geholfen, der uns von Sieg zu Sieg geführt hat, diese Treue des deutschen Volkes belohne. (Stürmischer Beifall.)

Ueber die Einzelheiten wird nunmehr Staatssekretär v. Kühlmann selbst sprechen, um Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen.

Staatssekretär des Auswärtigen Amts **v. Kühlmann:**

Graf Westarp hat am Schlusse der gestrigen Verhandlungen, denen ich leider infolge dringender Amtsgeschäfte nicht beiwohnen konnte, verschiedene Kommentare zu meinen Ausführungen gemacht, denen ich zum Teil beitreten kann, zum Teil aber nachdrücklich entgegengetreten gezwungen bin. Ich habe gestern gesagt: Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir gegenwärtig auch nicht einmal eine Prophezeiung erlauben —, daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenaustausch eintreten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Ritterlichkeit der Gegenseite faßt. Solange jede Eröffnung eines solchen Gedankenaustausches von dem anderen Teil als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unternehmung, um Zwietracht zwischen den Verbündeten zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort auf das Heftigste bekämpft wird, solange ist nicht abzusehen, wie irgendein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führt. Ohne einen solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Haß der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen eine Ende nicht erwartet werden können. (Lebhafte Zurufe: Lesen Sie aus dem unkorrigierten Stenogramm?) — Ich habe in meinem Stenogramm nichts korrigiert, was den Sinn meiner Rede berührt. (Zwischenrufe — Unruhe.) — Ich fahre in der Verlesung fort: „Unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die feste Entschlossenheit im Innern gestatten uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß unsere Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist; sie werden, wie Asquith von uns erwartet hat, seinerzeit den Weg finden, mit einem Friedensangebot an uns heranzutreten, welches den deutschen Interessen entspricht und den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügt." Nun hat Graf Westarp in seiner Rede davon gesprochen, daß ich einen Appell an den guten Willen Englands gerichtet hätte. Das hat mir total ferngelegen. Dieser Appell richtet sich an niemand besonders, und aus dem Zusammenhang meiner Rede geht klar hervor, was die Absicht war: nämlich, daß Verhandlungen von Parlament zu Parlament und von Rednerbühne zu Rednerbühne uns — darüber wird wohl ziemlich allgemeine Uebereinstimmung herrschen — auf dem Wege zu einer Lösung kaum mehr wesentlich stören können. Also bleibt nichts übrig, als

der Weg der vertraulichen oder diplomatischen Fühlungnahme.

Dieser Weg wird gleichfalls hoffnungslos verbaut, wenn von den Gegnern jede derartige Anregung von vornherein als aus mala fides (Arglist) hervorgehend bezeichnet wird. Meine Absicht war dabei zu sagen, daß die Gegner jeden Weg, der zur Verständigung führen kann, vollständig verrammeln. Weiter hat Graf Westarp ausgeführt, die Aufforderung, uns nicht jeden guten Glauben abzusprechen, sei bei den Engländern an die falsche Adresse gerichtet.

Ich beziehe mich auf das eben Gesagte: solange die Gegner nichts, was wir sagen, als geeignete Grundlage ansehen — wie soll da eine Diskussion zustande kommen? Denn hat Graf Westarp gesagt, aus gutem Willen würden unsere Feinde nicht in Verhandlungen eintreten, sondern sie müßten dazu gezwungen werden. (Sehr richtig! rechts.)

Ich unterschreibe jedes Wort,

aber wo ist der Appell an den guten Glauben? Haben wir nicht Siege zu verzeichnen so groß, wie sie die Geschichte kaum verzeichnet? Erwarten nicht unsere Feinde, wie ihre Presse zeigt, jede Minute neue große Schläge? Sind das nicht Momente, die bei ihnen die Ueberzeugung oder Nachdenklichkeit darüber auslösen können, ob es nicht verständiger wäre, jetzt den Weg der Verhandlungen zu beschreiten? Graf Westarp meinte, die Voraussetzung für einen guten Frieden bleibe der Sieg unserer Waffen. (Zustimmung rechts.) Dem stimme ich vollkommen zu. Der Sieg ist auf unserer Seite und wir hoffen auch in Zukunft zu sagen, solange bis die Gegner zu Eröffnungen bereit sind, welche der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten Genüge tut. Ferner hat Graf Westarp ausgeführt, wie unser gutes Schwert den Frieden im Osten gebracht hat, so wird das Schwert auch den Frieden im Westen bringen müssen. Der Verlauf im Osten ist der gewesen, daß die Gegner, als sie einsahen, daß weiterer Widerstand nur noch überflüssige Opfer bedeute, die Russen auf dem Wege des Funkspruchs, die Ukrainer auf dem Wege der Delegation nach Brest-Litowsk, die Rumänen auf dem Wege diplomatischer Unterhandlungen uns ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, in Verhandlungen einzutreten. In der Rede des Grafen Westarp hieß es weiter, die Fassung meiner Erklärungen habe es vielleicht zweifelhaft erscheinen lassen können, ob ich auch der Meinung gewesen wäre, die ich soeben ausgesprochen habe. Ich lege den größten Wert darauf, festzustellen, daß ich durchaus dieser Meinung gewesen bin. Uebrigens geht aus den Worten des Grafen Westarp, er könne sich nicht denken, daß ich anderer Meinung gewesen wäre, aus diesen Worten, die Graf Westarp zu einer Zeit gesprochen hat, als ich bereits den Reichstag verlassen hatte, ohne das Stenogramm meiner Rede vorher gesehen zu haben, deutlich hervor, daß ich daran nichts geändert haben kann. Das gebe ich den Herren zu bedenken, die vorhin der Meinung Ausdruck gegeben haben, ich hätte das Stenogramm geändert. (Sehr gut! links und im Zentrum.) Schließlich hat Graf Westarp mir den Gedanken zugeschrieben, ich wollte nicht die Entscheidung durch die Waffen, sondernur durch Verhandlungen herbeiführen. Dagegen muß ich das Entschiedenste protestieren. Graf Westarp hat selbst gesagt, er könne sich nicht denken, daß ich eine solche Meinung gehabt hätte. Der Sinn meiner Rede war direkt und klar und in dem Hineinschieben des „nur" liegt eine direkte (der Staatssekretär zögert einen Augenblick mit dem Weitersprechen) Umkehrung dessen, was ich gesagt habe, daß nämlich durch rein militärische Erfolge allein, ohne diplomatische Verhandlungen, das Ende nicht herbeigeführt werden könne. Dabei sag

der Schwerpunkt auf den militärischen Erfolgen

und die diplomatischen Verhandlungen wurden nur als sekundär gekennzeichnet. Hätte ich das gesagt, wovon Graf Westarp sagte, er könne sich nicht denken, daß ich es hätte zum Ausdruck bringen wollen, dann wäre ihr Angriff in vollem Maße gerechtfertigt.

Abg. Naumann (Vp.):

Die Lage ist für Deutschland so günstig, wie noch nie während des Krieges. Deshalb können wir uns auch ganz offen über die Kriegs- und Friedensfrage aussprechen. Durch den Frieden von Brest-Litowsk ist die Ostfront entlastet, wir sind nicht mehr umstellt, sondern der Kampf wird nur noch an einer Front, der Westfront, ausgekämpft. Dort waren wir solang ein der Minderheit, und auch die Ernährung war bei uns schlechter, aber stärker war bei uns das Gefühl der Pflicht und das absolute Vertrauen in die Führung und zu den Führern auch als Menschen, die keine unnützigen Blutopfer darbringen wollen. Deshalb habe ich auch keine Sorge, daß das heilige Feuer der Hingabe leiden kann durch unsere Aussprache und durch die Worte, die der Staatssekretär gebraucht hat, oder durch das, wie sie ausgelegt werden, und zwar um so weniger, als die Meinung, die der Staatssekretär ausgesprochen hat, überaus weit auch im Volke und auch beim Mann im Schützengraben verbreitet ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Worte des Staatssekretärs bedeuten nicht nur die Selbstverständlichkeit, daß auch der größte Sieg von den Diplomaten formuliert werden muß, sondern auch das liegt in seinen Worten, daß neben den Waffen auch

das große Spiel der Geister

eine Rolle spielt, daß hinter den Maschinengewehren, Flugzeugen und all den anderen Kriegsmitteln auch gekämpft wird und den Willen der Völker, wie sie glauben, daß die Zukunft gestaltet wird. Die Rednern der englischen Minister sind auf einen Ton gestimmt, der erkennen läßt, daß sie ihrem Volke nicht sagen wollen, wie ehrlich es uns Deutschen der Friedenswille ist. Als Beweis für unsere Unehrlichkeit führen sie an, wir geben keine genauen Friedensziele an. Durch die Bolschewisten haben wir erfahren, wie unsere Feinde selbst neben ihren öffentlich angekündigten Zielen noch geheime Abmachungen über allerlei Eroberungen geschlossen haben. Und auch alle ihre öffentlich dargelegten Ziele sind nicht so klar, wie die von Deutschland unter Zustimmung der obersten Heeresleitung und der Reichstagsmehrheit erteilte Antwort auf die Papstnote. (Lebhafte Zustimmung links.) Natürlich gibt es verschiedene Anschauungen in jedem Volke, und dann stiert man irgend eine Aeußerung und sagt generalisierend: So sprechen die Deutschen, oder: so sprechen die Engländer. Innerhalb ist man bei uns bei den Pressäußerungen noch freier wie in England und Frankreich. (Zuruf links: Zensur!) Die besteht auch in England. Aber bei uns sinkt nicht jemand aus der öffentlichen Achtung, wenn er nach dem Krieg wieder die Verbindung der Völker sieht. Die „verstockten" Deutschen sind in der Praxis noch immer freier, als die „freien" Engländer und Franzosen. (Zustimmung.) Wenn man sagt, es muß gekämpft werden, bis der eine tot ist, so muß man doch auch fragen, was soll geschehen, wenn beide kaputt sind? Was wird denn dann aus der Welt? Das sind keine Aebertreibungen. Wir müssen uns fragen, wo sind denn die Menschen und die Mittel, um alles Zerstörte wieder aufzubauen? Und dann entsteht die Frage: Ist alles, was wir gewinnen können, nicht kleiner als das, was wir sicher verlieren? (Lebhaftes Sehr wahr! links.) Auch während des 30jährigen Krieges versuchte man immer wieder, zu Verhandlungen zu kommen. Aber es gelang nicht, weil die schwedische Kraft zum Frieden fehlte. Unser Volk vertraut auf das Auswärtige Amt, auf den Reichskanzler, der sein Amt durch das Vertrauen des Kaisers und des Volkes erhalten hat. Nur militärische Mittel allein wird der Frieden nicht herbeiführt werden können, es gehört dazu auch das Einbringen des Friedensgedankens in den Geist und das Gewissen der Völker. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Stresemann (Natl.): Ich halte mich an die heutige Rede des Reichskanzlers und die heutigen Ausführungen des Herrn von Kühlmann. Seine gestrige Rede hat auf uns äußerst niederdrückend gewirkt. (Lebh. Zust. b. d. Natl.) Wie konnte ein Satz ausgesprochen werden, der die Auslegung zuließ, als wenn unsere militärischen Erfolge nicht derartig seien, daß sie allein imstande wären, den Frieden zu schaffen. Wie ist denn der Frieden im Osten zustande gekommen? Nicht durch Hin- und Herreden der Diplomaten, durch keine Friedensresolution, sondern durch Ludendorffs Hammer. (Stürm. Zustimmung rechts und b. d. Natl. Zuruf des Abg. Herzfeld (U. Soz.): Nein, durch die Bolschewiki!) Aufgabe unserer Diplomaten wäre es, die Siege des Heeres zu unterstützen. Wir haben ein Recht, an unseren Sieg zu glauben, und müssen alles hintanstellen, was diese Siegeszuversicht auch nur in Zweifel ziehen könnte. Redner polemisiert weiter gegen die Ausführungen des Staatssekretärs über die Schuld am Kriege. Die Entlastungsoffensive für die Engländer hätten wir besser der Tribüne des Londoner Parlaments überlassen. Den positiven Kriegszielen des Staatssekretärs können wir zustimmen, zumal sie verschiedener Auslegung fähig sind. Wir halten es nicht für angebracht, jetzt auszusprechen, das und das müssen wir erringen. Darauf darf man sich nicht festlegen. Aber wenn der Sieg erfochten ist, dann muß er auch benutzt werden, um die realen Sicherungen zu schaffen, deren wir bedürfen. Das Vertrauen der Flamen, die die Selbständigkeit und die Freundschaft mit Deutschland erstreben, dürfen wir nicht enttäuschen. Mögen diese Wünsche Berücksichtigung finden, wenn es sich um die zukünftige Gestaltung Belgiens handelt. (Bravo! links.) Im Osten konstruiert man einen Gegensatz zwischen Militär- und Zivilverwaltung. Dabei verzißt man, daß das Militär immer erst herangeholt wird, wenn die Sache brenzlich wird. Ein Fehler war es, daß man in der Ukraine gar nicht den traditionellen jüdischen Vermittler, der mit den Bauern umzugehen versteht, ausgeschaltet hat. Handelund Wandelin Rigaliegen beständig darüber unter der militärischen Verwaltung. Wir müssen eine innere Verbindung herstellen mit dem herrenbewußten baltischen Volke. In bezug auf Estland und Livland macht die Regierung es einem nicht leicht, sie zu unterstützen; erst legt man im Friedensvertrag eine bestimmte Linie fest, und dann sagt man hier, diese Linie ist unhaltbar, weil sie mitten durch die Esten hindurch geht. Wo Türken und Armenier zusammenstoßen, sucht der eine Teil den andern auszurotten; wir müssen daher dafür eintreten, daß beim türkischen Vormarsch Grausamkeiten unterbleiben, daß georgische Volk, das sich an uns gewandt hat, müssen wir unterstützen. In Indien gärt es ungemein gegen die englische Herrschaft; wir haben jedenfalls die größte Sympathie mit den für ihre Selbständigkeit eintretenden Indiern. Die Leistungen unserer österreichischen Bundesgenossen werden häufig unterschätzt. Die Kritik an der österreichischen Verwaltung im preußischen Landtag wäre besser unterblieben. Ob für unser Verhältnis mit Polen militärische Sicherungen notwendig sind, müssen die Militärs entscheiden. In den letzten 50 Jahren hat sich Deutschland in staunenswerter Weise entwickelt auf den Gebieten der Industrie, der Wissenschaft, der Landwirtschaft. Aber versagt hat es auf dem Gebiet der Diplomatie. Dieser Niederbruch wird deutlich gezeigt durch die Tatsache, daß Fürst Lichnowsky deutscher Botschafter in London werden konnte. Dieser Niederbruch unserer Diplomatie kann bei der staunenswerten Entwicklung auf allen anderen Gebieten nicht in den Personen liegen, sondern muß im System liegen. Wir erheben daher scharfen Einspruch gegen den Ausschluß des Bürgertums von den leitenden Stellen im diplomatischen Dienst; dieser Dienst muß auch den ärmeren Bürgerlichen, nicht nur den Reichen offenstehen. Aber uns allen schwebt das Gefühl der schweren Zeit, der großen Entscheidung, die bevorsteht. Die letzte Entscheidung des Weltkrieges wird auf den Schlachtfeldern des Westens fallen. Es bleibt das Wort Hindenburgs bestehen: Schwer ist die Zeit, aber sicher der Sieg. (Lebh. Beifall b. d. Natl.)

Abg. **Haase** (U. Soz.): Noch nie hat der Reichstag eine solche Szene erlebt wie heute zu Beginn der Sitzung. Gestern hat der Reichskanzler nicht das Wort ergriffen, aber auf ein Stirnrunzeln der Konservativen, der Schwerindustriellen, vielleicht eines bestimmten Telegramms wegen kam er sofort in das Haus geeilt, um vor dem ganzen Volke dem Staatssekretär von Kühlmann die seidene Schnur zu reichen. Der Staatssekretär hat es nicht verstanden, auch nur einigermaßen in Schönheit zu sterben. Er zeigte auch keinen Anflug von Würde, sondern machte in wirklich peinlicher Weise vor den Konservativen einen Kotau nach dem andern. Doch diese blieben kalt, er hat vor ihnen keine Gnade gefunden. Sieger ist Graf Westarp geblieben. Bezeichnend ist, daß der Reichskanzler mit keinem Wort die exorbitante Rede des Grafen Westarp zurückgewiesen hat. (Sehr wahr!) Danach muß sie als klarer Ausdruck der Machtverhältnisse in unserer Reichsleitung angesehen werden. Graf Westarp hat nur ausgesprochen, was die ganze Militärpartei denkt. Diese Militärpartei herrscht bei uns, die Herren Hertling, Payer, Kühlmann sind nur die Feigenblätter, damit die Militärpartei nicht in ihrer völligen Nacktheit dasteht. Warum schafft man nicht volle Klarheit und setzt den Mann auf den Platz des Reichskanzlers, der in Wahrheit Deutschland regiert, Ludendorff. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wenn Herr v. Kühlmann sagt, kein Verständiger in Deutschland wolle die Weltherrschaft Deutschlands, so hat er wohl die Literatur der Alldeutschen nicht gelesen. Ich erinnere nur an die Rede, die erst kürzlich gehalten wurde, wo von dem Gegensatz der preußisch-deutsch-germanischen und angelsächsischen Weltanschauung die Rede war und es hieß: „Die eine muß unbedingt überwunden werden." Es ist wirklich kaum zu glauben, daß jemand annehmen kann, es handle sich bei diesem blutigen Ringen um einen Kampf um Weltanschauungen, und daß jemand nicht weiß, daß der Kampf um das goldene Kalb nicht ebenso sehr bei uns vor sich geht wie in England und Amerika. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) In der Schuldfrage am Kriege ist unsere Auffassung durch alles, was bekannt geworden ist, nur bestätigt worden. Oesterreich-Ungarn hat durch das Ultimatum an Serbien den Krieg erzwungen und Deutschland hatte sich vorher verpflichtet, diesen Schritt zu billigen. Was Herr v. Kühlmann gestern, wenn auch mit unzulänglichen Mitteln aufzurichten versucht hat, ist durch die heutige Rede des Reichskanzlers völlig zerschlagen worden. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Herr Stresemann setzte sich für den Rat von Flandern ein. Er sollte doch wissen, daß alle anständigen Elemente in Flandern nur mit Verachtung von diesem sogenannten Rat von Flandern sprechen. (Große Unruhe b. d. Natl.), der es angesichts des Ueberfalls seines Landes fertig bekommen hat, von der „Notwehr" Deutschlands zu sprechen. Zum Anknüpfen von Friedensverhandlungen ist Vertrauen in die Ehrlichkeit und Ritterlichkeit notwendig, sagte der Staatssekretär v. Kühlmann mit Recht. Kann aber unsere Regierung solches Vertrauen erwarten? Werden doch auch nach dem Friedensvertrag die Russen als feindliche Ausländer behandelt entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages. Es gibt keinen Paragraphen des Vertrages, der nicht verletzt wird. Die deutschen Truppen haben das besetzte Gebiet entgegen den Zusicherungen und Vertragsbestimmungen nicht geräumt. Der Staatssekretär sagte, die der Türkei 1878 abgenommenen Gebiete sind im Friedensvertrag wieder der Türkei zugesprochen worden. Dem muß aufs schärfste widersprochen werden; im Friedensvertrag ist vielmehr der Bevölkerung dieser Gebiete ausdrücklich eingeräumt worden, ihre staatlichen Verhältnisse selbständig im Einvernehmen mit ihren Nachbarstaaten, insbesondere der Türkei zu regeln. Das Einrücken der Türkei in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180626-16/fragment/page=0002

Bezirke Eriwan, Kars, Batum ist also widerrechtlich, und wird ihm nicht Halt geboten, so bedeutet das die völlige Ausrottung der Armenier, die von den Türken in grausamster Weise betrieben wird. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages, der an sich schon ein Gewaltfrieden ist, sucht man Estland und Livland an Deutschland anzugliedern. Die Bevölkerung von Kurland wird nicht wie ein freies Volk, sondern schlimmer als ein Feind behandelt. In den Gefängnissen in Riga werden Gefangene in mittelalterlicher Weise gefoltert. Fragen Sie einmal die Litauer, ob sie noch immer von uns befreit werden wollen? Eine ganz besondere Tragödie spielt sich in Finnland ab. Die finnische Bourgeoisie rief die deutsche Regierung zu Hilfe, um die Revolution im Blut zu ersticken und die Freiheit zu zertreten. Es wird die Stunde der Abrechnung des finnischen Volkes mit der Bourgeoisie kommen und wie wird dann die Stimmung des finnischen Volkes gegen Deutschland sein! (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) In der Ukraine werden die alten Beamten der zarischen Regierung jetzt wieder eingesetzt. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Die Freiheit für die Arbeiter besteht darin, daß der Achtstundentag jetzt wieder in den Elf- und Zwölfstundentag verwandelt wird. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Daß der entscheidende Sieg bevorstehe, haben wir nun oft genug gehört, aber es hat sich immer wieder gezeigt, daß durch militärische Siege der Frieden nicht zu erreichen ist. Die Volksmassen müssen begreifen, daß es ihre Aufgabe ist, den Krieg zu beenden. Erst dann werden wir zu einem Frieden kommen, der die Versöhnung anbahnt. So stark der Kapitalismus erscheint, er kracht doch in allen Fugen, und wenn die Welt nicht zugrunde gehen soll, so muß nach diesem Weltkriege der Kapitalismus abgelöst werden durch den Sozialismus. (Lebh. Beifall b. d. U. Soz.)

Abg. Dr. **Werner**-Gießen (D. Frakt.) polemisiert gegen den Staatssekretär von Kühlmann, dessen Ausführungen geeignet seien, die Stimmung unseres Volkes und Heeres herabzudrücken. (Zustimmung **rechts**.) Unseren Diplomaten und hohen Beamten müßte verboten werden, englische Frauen zu heiraten.

Der Redner ergeht sich dann noch anderthalb Stunden in alldeutschen und antisemitischen Ausführungen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr. — Schluß 8¼ Uhr.

Oesterreichischer Heeresbericht.

wtb. **Wien**, 25. Juni. **Amtlich wird verlautbart: Gestern war die Gebirgsfront zwischen Asiago und der Piave wieder der Schauplatz heftiger Kämpfe. Der Feind bot alles auf, um die am 15. Juni verlorenen Höhenstellungen zurückzuerobern. Auf Monte di Val Bella, Col dol Rosso, Asolone, Solarolo und Monte Pertica wurde den größten Teil des Tages erbittert gerungen. Die Italiener wurden überall an mehreren Stellen durch Gegenstöße zurückgeworfen. Die vorliegenden Meldungen schildern das über alles Lob erhabene Verhalten der an den Kämpfen beteiligten Infanterie-Regimenter und der Artillerie und erwähnen besonders die Nr. 2 (Galizianer), 5 (Kroaten) 114. (Ober- und Niederösterreicher), 120 (Schlesier) und bosnisch-herzogewinisch 4. Im Montello-Gebiet und südlich davon fühlt der Feind mit Patrouillen an der Piave vor. Im Raume von San Dona hatten die den Uferwechsel unserer Divisionen sichernden Deckungstruppen in den letzten Tagen starke Angriffe abzuwehren. Unsere Bewegungen vermochten auch hier planmäßig und ohne Verluste an Kriegsgerät durchgeführt zu werden. Seit dem 15. Juni büßte der Italiener über 60 000 Mann an Gefangenen ein, darunter etwa 1100 Offiziere. Die Gesamtverluste des Feindes sind bei strenger Schätzung mit 150 000 Mann zu berechnen.**

Der Chef des Generalstabes.

Lugano, 26. Juni. Regierung und Oberkommando in Italien haben zuerst den österreichischen Rückzug über die Piave als eine mißglückte und geradezu katastrophale Unternehmung hingestellt, so daß Italien die Bedeutung weit übertrieb und in einen wahren Siegestaumel geriet. Die Berichte der italienischen Obersten Heeresleitung hatten von einem ungeordneten Rückzug der Oesterreicher und von abgeschnittenen Feinden gesprochen, während die italienische Presse die Parole ausgab, daß Karfreit gerächt sei und auf diese Weise den österreichischen Rückzug mit der Niederlage der italienischen Armee vom vorigen Herbst verglich. Nunmehr muß die Oberste italienische Heeresleitung Zahlen nennen, aus denen sich ergibt, daß der österreichische Rückzug so gut wie gelungen ist. Der italienische Heeresbericht gibt die Zahl der Gefangenen auf 4000 an, was bedeutet, daß nur die Nachhuten geopfert werden mußten. (Frkf. Ztg.)

Der Krieg zur See.

wtb. Berlin, 25. Juni. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im **Sperrgebiet um England: 18 800 Br.-Reg.-To. Von den versenkten Schiffen wurden drei bewaffnete Dampfer an der Ostküste Englands aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.**

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die französischen Sozialisten zur internationalen Konferenz.

Genf, 25. Juni. Französischen Blättermeldungen zufolge werden die Sozialisten durch eine Abordnung auf dem in London stattfindenden Arbeitertag vertreten sein. Der Sozialistenführer Thomas, der Mitglied der Abordnung ist, erklärte einem Ausfrager des Neuyorker Herald, daß er sich der von Varenne gebildeten äußersten rechten Sozialistengruppe angeschlossen habe, die für eine **rückhaltlose Fortsetzung des Krieges** sei und eine internationale Sozialistenkonferenz mit Heranziehung der Mittelmächte ablehne. Da die Longuet-Gruppe einen entgegengesetzten Standpunkt vertrete, stehe eine Spaltung der Sozialisten bevor.

Fortdauernde Unruhe in Irland.

Amsterdam, 24. Juni. Wie aus den englischen Zeitungen hervorgeht, ist die Stimmung in Irland nichts weniger als ruhig. Andauernd kommt es noch zu schweren Kämpfen, bei denen es selten ohne Verwundete und Tote abgeht. Häufig werden Waffenvorräte, darunter Maschinengewehre und Munition, von den Behörden beschlagnahmt. Die Sinnfeiner setzen in ganz Irland ihre Tätigkeit fort. Der Aufruf des irischen Vizekönigs, Lord French, zum freiwilligen Eintritt der Iren in das Heer hatte bisher nur einen ganz geringen Erfolg. Der Bürgermeister von Dublin erklärte dem Vertreter der Daily News, daß der Aufruf nur dann auf einen gewissen Erfolg rechnen könne, wenn Irland Homerule erteilt werde. Die Werbungen Englands um die Unterstützung der irischen Geistlichkeit bei der Einführung der freiwilligen Dienstpflicht sind fehlgeschlagen. Einen gewissen Umschwung in der öffentlichen Meinung zugunsten der Wehrpflicht versprach man sich in England von der Errichtung von Uebungsplätzen für die amerikanischen Truppen in Irland. Als aber einer der Führer der Sinnfeiner in einer öffentlichen Versammlung erklärte: „Wenn Sie Amerikaner hierher bringen, versprechen wir Ihnen, daß sie sämtlich innerhalb eines Monats Sinnfeiner sind," sah man auch von diesem Vorhaben ab. Die Iren antworteten weiter damit, daß drei Depots mit Ausrüstungsgegenständen für die amerikanischen Truppen von ihnen in Brand gesteckt wurden. In öffentlichen Versammlungen sind vielfach Resolutionen angenommen worden, die für die verhafteten Iren das Recht fordern, in ihrem eigenen Lande vor den Richter gestellt zu werden. Ueber ein Verhör der verhafteten Sinnfeiner sind noch keine näheren Bestimmungen getroffen. Sehr unangenehm empfindet es die englische Regierung, daß die irischen Nationalisten, die die Sinnfeiner abzuschütteln suchen, und nur im Widerstande gegen die Einführung der Zwangsdienstpflicht mit ihnen zusammengehen, noch nicht geneigt sind, nach England und ins Parlament zu kommen, zumal sie wünscht, daß die Nationalisten bei der Verhandlung gegen ihre verhafteten Landsleute anwesend seien. Dem Daily Chronicle zufolge wird deshalb die Untersuchung zur Feststellung der Schuld nicht eher beginnen, bis die irischen Nationalisten sich entschlossen haben, wieder ihre Sitze im englischen Parlament einzunehmen.

Deutscher Heeresbericht vom 25. Juni.

wtb. Großes Hauptquartier, 25. Juni 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Das tagsüber mäßige Artilleriefeuer wurde am Abend in einzelnen Abschnitten lebhafter. Die Erkundungstätigkeit blieb rege. Südlich der Scarpe und auf dem westlichen Avre-Ufer machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach starker Feuerwirkung griff der Feind mit mehreren Kompagnien auf dem Nordufer der Aisne an. Im Gegenstoß wurde der Angriff abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Zahl der gestern früh von brandenburgischer und thüringischer Landwehr östlich von Badonviller eingebrachten gefangenen Amerikaner und Franzosen hat sich auf mehr als 50 erhöht.

Leutnant Billik errang seinen 20. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Zur Lage in Rußland.

Moskau, 22. Juni. Die hiesige Presse meldet: Der Sowjet in Tambow wurde unter der Losung „für die konstituierende Versammlung" von den durch Mobilmachungsbefehl Einberufenen vertrieben. — Die Ententevertreter haben auf die Note Tschitscherins geantwortet, daß sie ihre Schiffe aus den russischen Häfen nicht entfernen könnten, da sie zum Schutz der Ententetruppen und des Materials, die vor dem Brester Frieden gelandet wurden, verbleiben müßten. Trotzki gibt die Stärke der Tschecho-Slowaken auf 30 000 Mann an, die von den Franzosen erhalten werden. — Die Kasansche Zeitung Rabotschaja Wolna berichtet: Bei der Einnahme von Samara wurden die Tschechen durch die dortigen Roten Truppen und der Bevölkerung unterstützt. Die Bevölkerung jubelte den Tschechen zu. — Infolge der Wahlkampagne erscheinen alle Petersburger Zeitungen. Bisher haben die Bolschewiki in Petersburg völlig gesiegt.

Nach Meldungen der Moskauer Presse ist der Dampfer „Feldmarschall Suworow" von tschecho-slowakischen Truppen zwischen Rybinsk und Astrachan versenkt worden. Die Schiffahrt auf der Wolga wird zwischen Rybinsk und Kasan aufrecht erhalten. Die neue sibirische Regierung soll sich mit der Bitte um Unterstützung an China gewandt, jedoch eine abschlägige Antwort erhalten haben. — Nach der P. T. A. ist Syfran von Tschechen und weißer Garde besetzt worden. Tschechen und Ko aken rücken auf Ku nezk und Pensa aor. Zwischen Tahil und den Newojanskiwerken fand ein mehrtägiger Kampf statt. Orenburg soll von Kosaken umzingelt worden sein.

Kiew, 24. Juni. Der Stab der gegen den Don-Aufstand gesandten Sowjet-Truppen befindet sich, wie die Presse meldet, in Alexikowo an der Bahn Borissoglebsk—Zarizyn. Die Truppen gehen gegen Orjupine vor. Die bei Zarizyn kämpfenden Truppen werden von einem Reisenden auf über 10 000 auf jeder Seite geschätzt. In Stawropol befindet sich eine kombinierte Matrosen- und Rote Armee-Abteilung zum Kampf gegen Denikin, dessen Vortrupps am Kalaus-Fluß östlich Stawropol stehen.

Die Bolschewisten gegen die Kriegshetzereien der Entente.

Stockholm, 21. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die offiziöse Iswestija wendet sich in einem Artikel gegen die Bestrebungen, Rußland ohne Rücksicht auf seinen Mangel an Vorbereitung und auf die Abneigung seiner Bevölkerung in **einen neuen Krieg zu treiben**. Sie schreibt: „Die zu diesem Abenteuer hetzen, mögen sich bewußt sein, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne **auf den verzweifelten Widerstand des revolutionären Rußland** stoßen werden. Ein schlechter Trost für sie sind die Phantasien **verräterischer Sozialisten**, die sich einbilden, die Macht der Sowjets in die Luft sprengen zu können, indem sie die angebliche Enttäuschung der Massen über die Sowjetregierung in die Welt hinausposaunen. **Die Regierung bleibt unerschütterlich in ihrem Vertrauen.** Es werden sich nicht nur **Millionen von Arbeitern und Bauern in revolutionäre Legionen verwandeln**, um im äußersten Notfall die Sowjetmacht zu verteidigen, sondern auch überall **werden die Massen nicht dulden, daß Rußland in einen neuen Krieg mit Deutschland gehetzt wird.** Die Alliierten wissen wohl, daß sie, selbst wenn sie sich die Mitarbeit gewisser treuloser Elemente bei ihrem gegen die Sowjets gerichteten Abenteuer zu sichern wüßten, dies nur den Sturm des Bürgerkrieges in ganz Rußland zur Folge hätte. **Vielleicht ist es zu spät, sie auf die Gefahren des betretenen Weges hinzuweisen, trotzdem wollen wir am Vorabend entscheidender Ereignisse, die der gesamten Geschichte eine neue Richtung geben sollen, und in Voraussicht gewaltiger Katastrophen, des vollkommenen Scheiterns der Anschläge des antigermanischen Bundes**, voll tiefer Besorgnis für beide Parteien **unseren alten Rat wiederholen.** Die einzige gerechte und für beide Teile vorteilhafte Politik ist die, welche die Alliierten dazu führen wird, **die Sowjetregierung anzuerkennen**, dem revolutionären Rußland **zu helfen und es bei der** Wiederherstellung seines wirtschaftlichen Apparates **zu unterstützen**. Jede andere Politik wäre **nicht nur ein Verbrechen, sondern ein Fehler.** Die unglücklichen Völker zahlen oft einen zu hohen Preis für die Fehler ihrer Regierungen."

Aus diesem Notschrei kann man sich einen Begriff machen von dem Umfang der Treibereien der Entente, in Rußland von neuem die Brandfackel gegen die Mittelmächte zu entzünden.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Eine politische Pensionierung.

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Sivkovich, erster **Seminarlehrer** am großherzoglichen Lehrerseminar zu Lübtheen **in Mecklenburg-Schwerin, wird im Alter von 37 Jahren zum 1. Juli d. J.** unter Weitergewährung seines derzeitigen vollen **Gehaltes aus** seinem Amte **ausscheiden und in den Ruhestand treten. Die** Veranlassung zu dieser ungewöhnlichen Pensionierung **bildet die politische Gegnerschaft des Abgeordneten Sivkovich** zu dem ständischen mecklenburgischen Landtage.

Der Prozeß Kühlmanns gegen die Deutsche Zeitung.

Zu dem am 4. Juli stattfindenden Prozeß des Staatssekretärs von Kühlmann gegen die Deutsche Zeitung und die alldeutschen Blätter sind etwa **20 Zeugen geladen worden; darunter auch solche von der Verteidigung, da die Angeklagten den Wahrheitsbeweis** angetreten haben. **Unter den Zeugen befinden sich außer dem** Staatssekretär **Dr. v. Kühlmann** selbst u. a. der Vorsitzende des alldeutschen Verbandes **Justizrat Claß in Mainz, der Gesandte** von **Rosenberg, Major v. Keßler, Legationsrat Dr. v. Huesch, Wirkl. Geh. Rat Kriege, Kommerzienrat Dr. Friedrich in Potsdam, Generaldirektor Rollenberg, der Direktor der** Deutschen Bank Strauß, **Legationssekretär** Freiherr v. Gebsattel, **Direktor Dr. Solmsen in Köln, mehrere Chauffeure,** die das Auto **des Staatssekretärs von Kühlmann in Bukarest gefahren haben. Die Verhandlung wird wahrscheinlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.**

Die Ernteaussichten.

Aus München läßt sich die Berliner Volkszeitung melden: Ueber die Ernteaussichten in Bayern sind im Generalsekretariat des bayerischen Landwirtschaftsrates aus dem ganzen Lande Berichte eingegangen, die besagen, daß, im Gegensatz zum Vorjahre, die Aussichten nicht so gut sind und zu überschwenglichen Hoffnungen kein Grund vorliegt. Auch das kommende Wirtschaftsjahr, das am 15. August beginnt, wird in der Ernährung von Mensch und Vieh Schwierigkeiten mit sich bringen. Der Witterungsumschlag in Verbindung mit der Trockenheit und starken Frösten hat die Ernteaussichten im allgemeinen ungünstiger gestaltet. Vor allem hat der Roggen gelitten, der Körnerertrag ist beeinträchtigt, die Sommersaat ist zurückgeblieben. Auch den Kartoffeln hat der Frost geschadet. Obst wird kaum so ergiebig sein wie im Vorjahr. Der Wein steht gut. Die Futteraussichten haben durch den jetzt eingetretenen Regen eine Besserung erfahren.

Das sind trübe Aussichten, denn bei uns und in Norddeutschland liegen die Verhältnisse natürlich nicht günstiger.

Oesterreich-Ungarn.

Die Krise in Wien.

Zur Herbeiführung einer Lösung der **bestehenden Regierungskrise hat der Kaiser den Ackerbauminister** Silva Taronza **beauftragt, sich mit den politischen Parteien darüber zu unterrichten, auf welcher Grundlage die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes wieder herzustellen wäre.** Graf Silva Taronza ist bereits im Abgeordnetenhaus erschienen, um die Besprechungen mit den Parteiführern aufzunehmen. **Wenn der Kaiser** an der Absicht das Parlament zu halten, festhält, dürfte Herr v. Seidler als erledigt gelten. Der Schwerpunkt der Lage liegt nach wie vor im deutschen Lager. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Graf Silva Taronza, trotz der ausdrücklichen Beschränkung seiner Mission, schließlich auch der Nachfolger des Herrn v. Seidler wird.

Bulgarien.

Das bulgarische Kabinett.

Sofia, 24. Juni. Die endgültige Zusammensetzung des Kabinetts Malinow weist folgende Ministerliste auf: Ministerpräsident und Aeußeres Alexander Malinow, Minister des Innern Takoff, Finanzminister Liaptscheff, Justizminister Fadenhech, Unterricht Kosturkoff, Kriegsminister Generalleutnant Sava Savoff, Handelsminister Professor Danailoff, Ackerbau Madjaroff, Bautenminister Muschaneff, Eisenbahnen Wolleff.

Aus aller Welt.

Ein Hauptmann wegen Bestechung verurteilt. Frankfurt a. M., 22. Juni. Hauptmann Philippi aus **Wiesbaden war vom** Gouvernementsgericht Mainz wegen passiver Bestechung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gleichzeitig wurde die Einziehung der Bestechungsgelder in Höhe von **256 000 Mark ausgesprochen**. Auf eingelegte Berufung bestätigte nicht nur das Oberkriegsgericht dieses Urteil, sondern verschärfte es noch dadurch, daß es die Dienstentlassung in Entfernung aus dem Heere umwandelte. Hauptmann Philippi hat gegen dieses Urteil das Rechtsmittel der Revision eingelegt, jetzt aber darauf verzichtet, so daß das Verfahren gegen ihn nunmehr erledigt ist.

Ein Rittergutsbesitzer als Getreideschieber. Schneidemühl, 24. Juni. Die Strafkammer verurteilte den Rittergutsbesitzer Roman Kosohudzki aus Smuszewo, Kreis Wongrowitz, wegen Schiebungen mit Getreide zu **150 000 Mark Geldstrafe** und **fünf Monaten Gefängnis**, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt betrachtet wurden.

18 Monate Zuchthaus für erschwindelte Lebensmittelkarten. Frankfurt a. M. Die Strafkammer hat den 38 Jahre alten Konditor Finkler, der sich auf Grund eines gefälschten Krankenscheines in vier Wohnungen zugleich angemeldet hatte, um die entsprechenden Lebensmittelausweise, die er dann zu hohen Preisen verkaufte, zu erhalten, zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Temperatursturz und Schnee. Buenos Aires, 24. Juni. (Havas.) In Buenos Aires und an vielen andern Orten, wo bisher niemals Schnee gefallen ist, schneit es. Der Schnee fällt seit Beginn des Nachmittags unaufhörlich auf die Stadt hernieder, ein außergewöhnliches Schauspiel, denn es ist das erstemal, daß man weiße Dächer und Bäume sieht. Auch aus Rosario und andern Städten werden reichliche Schneefälle gemeldet.

Schweres Unglück auf der Berliner Untergrundbahn. Berlin, 24. Juni. Auf der Untergrundbahnstrecke Leipziger Platz—Kaiserhof ereignete sich heute morgen ein schwerer Unglücksfall. Ein Zug fuhr in eine Arbeitergruppe, die mit Ausbesserungen an den Gleisen beschäftigt war. Drei Arbeiter wurden getötet, einer schwer, einer leicht verletzt. Der Unfall hatte eine lange Unterbrechung des gesamten Schnellbahnverkehrs zur Folge.

Das Brandunglück in Berlin. Die Gesamtzahl der bei dem Brandunglück getöteten Personen ist durch den Tod von vier Schwerverletzten auf 19 gestiegen. Es muß damit gerechnet werden, daß zwei weitere Schwerverletzte nicht am Leben erhalten werden können. — Im Krankenhaus ist der Buchhalter Fritz Mey gestorben. Mey ist das zwanzigste Todesopfer, das das Unglück bisher forderte.

Der Fischmarkt von Grimsby durch Feuer vernichtet. Amsterdam, 24. Juni. (Reuter.) Der nördliche Teil des Fischmarktes von Grimsby ist am 19. Juni fast vollständig durch einen Brand vernichtet worden. Es gelang, das Uebergreifen des Feuers auf andre Teile zu verhindern. Der Schaden wird auf 3- bis 4000 Pfund Sterling geschätzt.

Vermischtes.

Der Geldschatz im Weinkeller. In der Kellerei des verstorbenen Dr. Friedrich Bassermann in Deidesheim stieß man beim Umlagern der Flaschen auf eine unscheinbare Blechbüchse, die 44 000 Mark in Papiergeld enthielt. Es konnte festgestellt werden, daß vor ungefähr zehn Jahren ein junges Mädchen aus Deidesheim einen Haupttreffer in der Lotterie zog. Sie heiratete bald darauf einen Kellermeister Nuß aus Deidesheim. Die Ehe war jedoch nicht glücklich, und der Mann nahm sich das Leben. Vor seinem Tode hatte er das Geld seiner Frau von der Bank abgehoben und, wie er sich damals Freunden gegenüber äußerte, versteckt. Tatsächlich konnte das Geld nicht gefunden werden und die Witwe verbrachte ihr Leben in den ärmlichsten Verhältnissen. Die Summe wurde auf der Bürgermeisterei in Deidesheim deponiert. Sie wird der Witwe ausgehändigt werden, sobald die rechtlichen Formalitäten erledigt sind.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Graupen. Von Donnerstag an auf Marke 193 des Warenbezugsscheines 16 für jede Person ¼ Pfd.

Talg und Eier. Donnerstag vormittags 8—12 Uhr: Nr. 3001 bis 4500, nachmittags 2—6 Uhr: Nr. 4501—6000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person 55 Gramm Talg zum Preise von 25 Pf. und ein Ei zum Preise von 33 Pf.

Magermilch. Donnerstag von nachmittag 4 Uhr an auf Abschnitt 8 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse bei dem Milchhändler Scharfe, Rudolf-Haym-Straße 35 und in den Verkaufsstellen der Niemberger Molkerei, Brehmerstraße Nr. 1 und Lindenstraße 52. Jede Person ½ Liter für 12 Pf. auf 23 001—28 000, außerdem auch diejenigen, die auf Abschnitt 7 des Einkaufsscheins weder Quark noch Magermilch erhalten haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180626-16/fragment/page=0003

Stadtparlament Halle.

Ordentliche Sitzung vom 25. Juni.

Unter den Eingängen befand sich eine **Beschwerde der hiesigen Bäckermeister,** wonach sie gegenwärtig so knapp mit Mehl beliefert würden, daß sie Gefahr liefen, die Bevölkerung nicht genügend mit Brot versorgen zu können und ihre Betriebe schließen zu müssen. Der Magistrat ließ hierzu erklären, daß diese Beschwerde vollkommen ungerechtfertigt sei, da sie auf völlig falschen Voraussetzungen beruhe; die Bäckermeister wären damit nur etlichen Schreiern gefolgt. Die Mehlbeschaffung hätte bisher stets glatt durchgeführt werden können, die Bäcker wären auch verpflichtet, stets einen bestimmten eigenen Vorrat davon zu halten. Nun habe sich aber gezeigt, daß manche Bäcker diesen Vorrat nicht mehr besitzen, da sie ihn zu anderen Zwecken verbacken oder ohne genügende Streckungsmittel verwendet hätten. Deshalb seien bereits 13 Bäcker der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Außerdem hätte sich auch ergeben, daß die Bäcker das Brot an die Konsumenten schon im voraus geliefert hätten, so daß ihre Vorräte ebenfalls in Anspruch genommen worden wären. — Eine weitere Beschwerde, aus Frauenkreisen, richtete sich dagegen, daß **verlorengegangene Lebensmittelkarten** nicht ersetzt würden. Das erklärte der Magistrat als gerechtfertigt.

Aenderung der Geschäftsordnung.

Von den 66 Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung sind 9 durch Tod ausgeschieden, 11 im Heeresdienst, 1 seit längerer Zeit krank, von den verbleibenden 45 Stadtverordneten durchschnittlich jedesmal 5 verhindert, so daß die Sitzungen manchmal beschlußunfähig sein könnten, wenn nach der Geschäftsordnung gehandelt würde. Daraus leitete der Magistrat den Antrag her, die Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß die Versammlung auch bei der Anwesenheit von nur einem Drittel aller Mitglieder beschlußfähig sei, gegen die Hälfte bisher. Hierzu hatte der Verfassungsausschuß unter Annahme dieses Antrages beschlossen, daß diese Aenderung nur bis zur ersten Sitzung nach Einführung der neuen Stadtverordneten gelten sollte.

Herr Hoe führte dazu aus, daß es besser sei, die Stadtverordneten-Versammlung durch Neuwahlen wieder komplett zu machen. Genosse Emmer trat für die Ablehnung des Magistratsantrages ein. Bisher seien die Sitzungen ohne große Störungen durchgeführt, und die Vorgänge bei der Wahl des Herrn Dr. Holz rechtfertige diese Aenderung nicht. Zudem gebe sich die Versammlung ihre Verfassung selbst, wenn da der Magistrat mit solchen Vorlagen komme, müsse das bedenklich stimmen. Die Versammlung würde immer beschlußfähig sein, sobald nur alle Stadtverordneten kommen wollten. Andernfalls solle man Neuwahlen ausschreiben. Der Oberbürgermeister bestritt, daß jener Vorfall den Anlaß zu diesem Antrag gegeben habe. Der Grund dazu wäre lediglich das Erscheinen jenes preußischen Gesetzes vom Mai dieses Jahres, wonach die Stadtverordneten-Versammlungen zur Vereinfachung der Verwaltung ermächtigt seien, ihre Geschäftsordnungen in dem vorgeschlagenen Sinne zu ändern. Denselben Standpunkt vertrat Herr Finger, während Genosse Emmer in einer Replik darauf verwies, daß Geschäftsordnungen immer geändert worden wären, um die Rechte der Minderheiten zu beschneiden. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß die Beschlußfähigkeit immer nur von Emmers Freunden angezweifelt worden wäre, wonach sie sich über diese Aktion nicht verwundern dürften. Genosse Gröbel trat ebenfalls für die Ablehnung ein, andernfalls werde es dahin kommen, daß immer mehr Stadtverordnete den Sitzungen fernbleiben, da die Versammlung doch ohnehin beschlußfähig sei.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Magistratsantrages gegen etwa 16 Stimmen, die der dritten und einem Teil der zweiten Abteilung angehörten.

Kriegszulagen für städtische Arbeiter.

Der Magistrat beantragte, zum Zwecke der Gewährung von Kriegszulagen zu den Bezügen der im Ruhestand lebenden nichtpensionsberechtigten städtischen Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen für das Rechnungsjahr 1918 einen Betrag bis zu 20 000 M. aus dem Kriegsfonds zu bewilligen. Nachdem durch die Beschlüsse der städtischen Körperschaften die Frage der Gewährung von Kriegszulagen an die im Ruhestand lebenden städtischen Beamten, auf Dienstvertrag Angestellten und Lehrpersonen sowie an ihre versorgungsberechtigten Hinterbliebenen geregelt worden ist, gelte es, auch die zur Zahlung von Kriegszulagen zu dem Ruhegelde der nichtpensionsberechtigten städtischen Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Die Zulagen sollen wie bei den Beamten ebenfalls mit Rückwirkung vom 1. April 1918 auf Antrag gewährt werden, vorausgesetzt, daß im einzelnen Falle Bedürftigkeit vorliegt. Die Anträge auf Gewährung der Kriegszulagen sind unter genauer Angabe der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, sowie der Zahl der Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahre oder älterer erwerbsunfähiger Kinder an diejenige städtische Dienststelle schriftlich einzureichen, bei der der Ruhegeldempfänger zuletzt beschäftigt war. Ueber die Gewährung und die Höhe der Zulagen entscheidet unter Ausschluß jedes Rechtsanspruches allein der **Magistrat. Die Zahlung der Kriegszulagen erfolgt gleichzeitig mit dem** Ruhegelde und den Hinterbliebenenbezügen. Die Zulagen wurden bewilligt.

Landverpachtungen — Landverkauf. Der Magistrat beantragte, der Verpachtung folgender Pläne zuzustimmen:

11 in Größe von 8,2340 ha zum Preise von 40 M. je Morgen und Jahr
17 „ „ „ 12,1791 ha „ „ „ 60 M. „ „ „ „
28/33 und Rest von
39 in Größe von 21,2268 ha „ „ „ 65 M. „ „ „ „
36 „ „ „ 9,2175 ha „ „ „ 36 M. „ „ „ „

Diese soll auf die Dauer von 6 Jahren vom 1. Oktober 1918 an die Firma Gebrüder Nagel erhalten. Weiterhin beantragte der Magistrat, die Verpachtung des Planes 262 in Größe von 9,0070 ha zum Preise von 80 M. je Morgen und Jahr an den Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft vom 1. Oktober 1918 an ebenfalls auf die Dauer von 6 Jahren zu genehmigen. Ferner beantragte der Magistrat, den Verkauf einer etwa 166 qm großen, an das Grundstück Hasenstraße 3 grenzenden Fläche des alten Gasanstaltsgrundstücks an die offene Handelsgesellschaft A. Hennig unter der Maßgabe zu genehmigen, daß die Käuferin 33 M. je qm zahlt, außerdem die Straßenausbau- und Freilegungskosten sowie die sämtlichen Ueberleitungskosten übernimmt. Alle diese Anträge wurden genehmigt.

Erlaß von Gebühren. Der Magistrat beantragte, dem Erlasse des von dem Gondelbesitzer-Verein zu zahlenden Pachtzinses für die Pachtung des Uferstreifens an der Ziegelwiese in Höhe von 46.50 M. für das Pachtjahr 1918 zuzustimmen, was auch geschah.

Ausbau der Desinfektionsanstalt. Die von der Altkleiderverwertungsstelle aufgesammelten Bekleidungsstücke aller Art müssen einer einwandfreien Desinfektion unterzogen werden. Die Einrichtung unserer Desinfektionsanstalt eignet sich aber hierzu in keiner Weise, da die jetzigen Apparate Bekleidungsstücke, besonders Schuhe, stark beschädigen würden. Daher macht sich die Aufstellung eines Heißluftdesinfektionsapparates dringend erforderlich. Der Magistrat beantragte infolgedessen die hierzu erforderlichen Mittel in Höhe von 25 000 M. aus dem Kriegsfonds zu bewilligen. Diesem Antrag entsprach die Versammlung.

Annahme einer Schenkung. Die Aktiengesellschaft Gottfried Lindner in Ammendorf hat der städtischen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge abermals 20 000 M. zugewendet. Die Schenkung wurde mit Dank angenommen.

Nachbewilligung von 175 000 M.

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften vom Jahre 1916 sind für die Ausführung eines 700 m/m weiten Wasserdruckrohrstranges vom Pumpwerk I in Beesen bis zu den Behälter in der Turmstraße aus dem Reservefonds der Wasserwerke 510 000 M. bewilligt worden. Eiligst wurden die Rohrleitungen vergeben, es gelang auch die Beschaffung fast zu Friedenseinheitspreisen. Jedoch mußte ein großer Teil dieser im Durchmesser 70 cm weiten Röhren im vorigen Sommer für den Bau der gleich starken Heberleitung verwendet werden, da dieser Bau dringlicher war als die Druckrohrleitung und die Röhren bei zu kurzfristiger Beschaffung gar zu teuer gekommen wären. Für die verbrauchten Gußröhren mußten natürlich neue beschafft werden. Da inzwischen aber der Eisenpreis gewaltig gestiegen war, ergaben sich, zumal, da bei dem feldmesserischen Aufmaß eine etwas größere Länge der Rohrleitung ermittelt wurde, erhebliche Mehrkosten. Dasselbe gilt bezüglich der Fuhrlöhne. Auch die anderen Materialien, insbesondere Bleiwolle und Weißstrick, konnten nicht zu dem veranschlagten Preis beschafft werden. Die Verlegung der Leitung kann jetzt, nachdem auch das Kriegsamt, das zuerst sich ablehnend verhalten hatte, die Genehmigung gegeben hat, vorgenommen werden. Die Ausschreibung hat gegen den Kostenanschlag ebenfalls höhere Preise ergeben. Insgesamt ist eine Verstärkung des Kredits um 175 000 M. nötig für die Druckrohrleitung. In Uebereinstimmung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke beantragte daher der Magistrat, diese Mittel aus dem Reservefonds der Wasserwerke zu bewilligen. Diesem Antrag wurde auch entsprochen.

Landerwerb — Enteignung. Von dem Grundstück Harz Nr. 44 ist der Hallschen Genossenschafts-Buchdruckerei bei seiner Neubebauung ein Landstreifen von etwa 1 qm Flächeninhalt zur Straße abgetreten worden, den dieser jetzt der Stadtgemeinde für 40 M. übereignen will. Von dem Ackerplan des Privatmannes Rosch an der Boelkestraße entfallen fluchtlinienplanmäßig etwa 600 qm Land zur Straße. Ursprünglich beabsichtigte der Besitzer, diese Fläche unentgeltlich — vorbehaltlich der späteren Anrechnung des Wertes auf die zu zahlenden Straßenausbau- und Freilegungskosten — an die Stadtgemeinde abzutreten, jetzt fordert er einen Kaufpreis von 9 M. pro qm. Die Forerung ist zu hoch, weshalb der Magistrat die Enteignung beantragte, deren Einleitung auch genehmigt wurde.

Zeitzer Kriegsverluste.

Aus der Preußischen Verlustliste Nr. 1164: Otto Becker, Nöben, bisher vermißt, gefallen. Arthur Böhme, Teuchern, leicht verwundet. Kurt Graupner, Meuselwitz, leicht verwundet. Walter Hennig, Zeitz, schwer verwundet. Ernst Henschel, Zeitz, gefallen. Gefreiter Emil Hoffmann, Obernessa, schwer verwundet. Robert Hoffmann, Zeitz, leicht verwundet. Max Kratzsch, Minkwitz, bisher vermißt, gefallen 9. 4. 17. Paul Maack, Zeitz, leicht verwundet. Gefreiter Kurt Opitz, Zeitz, leicht verwundet, bei der Truppe. Arno Prüfer, Teuchern, schwer verwundet. Unteroffizier Rob. Nahnefeld, Prießel, leicht verwundet. Otto Rothe, Theißen, leicht verwundet. Arno Schilling, Droßig, vermißt. Otto Viereckel, Deußen (?) (Kreis Weißenfels), leicht verwundet. Otto Weise, Theißen, gerichtlich für tot erklärt.

Aus der Preußischen Verlustliste Nr. 1165: Franz Bauer, Etzoldshain, gefallen. Franz Baumann, Thierbach, leicht verwundet. Ewald Böhme, Wählitz, schwer verwundet. Gefreiter Richard Böttcher, Bergisdorf, gefallen. Albin Dölz, Nißma, leicht verwundet. Gefreiter Emil Döring, Dragsdorf, vermißt. Eisenbahnmeister Hans Junger, Zeitz, leicht verwundet. Gefreiter Paul Gottschling, Teuchern, leicht verwundet. Emil Hauf, Zangenberg, leicht verwundet. Hauptmann der Ref. Kurt Harras, Zeitz, schwer verwundet. Emil Hempel, Lissen, leicht verwundet. Gefreiter Otto Herbit, Trebnitz, leicht verwundet, bei der Truppe. Hugo Herrmann, Willschütz, leicht verwundet. Richard Klopfer, Zeitz, leicht verwundet. Vizefeldwebel Hermann Kunze, Meuselwitz, leicht verwundet. Sergeant Hugo Lehmann, Kahna, leicht verwundet. Erwin Lips, Jancka (Jaucha?), gefallen. Bruno Mengel, Wittgendorf, leicht verwundet. Walter Möbius, Nöben, leicht verwundet. Reinhold Obenauf, Zeitz, schwer verwundet. Unteroffizier Traugott Ockert, Wildenborn, leicht verwundet. Albin Pfützger, Streckau, leicht verwundet. Paul Quarg, Zellschen, leicht verwundet. Ernst Scheller, Schkölen, schwer verwundet. Otto Schlag, Luckenau, schwer verwundet. Unteroffizier Paul Schneider, Wildschütz, leicht verwundet. Otto Schnurre, Theißen, leicht verwundet. Emil Werner, Helmsdorf, leicht verwundet.

Aus der Preußischen Verlustliste Nr. 1166: Hermann Alt, Hohenmölsen, leicht verwundet. Gefreiter Walter Amme, Lissen, schwer verwundet. Kurt Böhme, Pirkau, gestorben an seinen Wunden. Offizier-Stellvertreter Hugo Böttcher, Theißen, leicht verwundet, bei der Truppe. Rudolf Dörfer, Lindenberg, schwer verwundet. Leutnant der Ref. Johannes Engert, Dobitschen, gefallen. Otto Falkenstein, Zeitz, laut privater Mitteilung in Gefangenschaft. Otto Fischer, Hohenmölsen, vermißt. Paul Fodisch, Kostplatz, vermißt. Otto Gerth, Grana, leicht verwundet. Willi Gottwald, Zeitz, leicht verwundet. Max Graupner, Theißen, verwundet. Paul Haumann, Zeitz, leicht verwundet, bei der Truppe. Kurt Heinide, Brossen, leicht verwundet. Alfred Knauth, Kröpfuln, schwer verwundet. Arthur Krosse, Zeitz, leicht verwundet. Max Lippold, Prößdorf, gestorben an seinen Wunden. Kurt Müller, Longitz, schwer verwundet. Max Müller, Meuselwitz, leicht verwundet. Paul Müller, Meuselwitz, leicht verwundet. Walter Planert, Teuchern, leicht verwundet, bei der Truppe. Otto Räthel, Tacau, leicht verwundet. Unteroffizier Arno Rohland, Zeitz, verwundet. Kurt Schneider, Schellbach, leicht verwundet. Reinhold Schneider, Rehmsdorf, vermißt. Unteroffizier Otto Schreiber, Teuchern, leicht verwundet, bei der Truppe. Gefreiter Max Schulze, Minkwitz, leicht verwundet, bei der Truppe. Ernst Senf, Hohenmölsen, leicht verwundet. Otto Sieler, Naundorf (Weißenfels), leicht verwundet. Walter Speck, Zeitz, schwer verwundet. Paul Topf, Naundorf (Weißenfels), leicht verwundet. Gefreiter Ernst Trebs, Zetzsch, schwer verwundet. Alfred Wiedenbach, Nißma, leicht verwundet. Gefreiter Arthur Winter, Könderitz, gefallen. Guido Zeise, Haardorf, leicht verwundet.

Aus der Preußischen Verlustliste Nr. 1167: Unteroffizier Fritz Bohne, Meuselwitz, leicht verwundet. Franz Göße, Osterfeld, schwer verwundet. Otto Hermann, Tauchlitz, gef. Fr. Klinder, Grana, abermals leicht verwundet. Walter Klotz, Rosenthal, leicht verwundet. Otto Kreuzmann, Kleinhelmsdorf, gestorben an seinen Wunden. Emil Meckert, Hollsteitz, leicht verwundet, bei der Truppe. Johannes Meißner, Meuselwitz, schwer verwundet. Arnold Nebe, Zeitz, leicht verwundet. Oskar Oertel, Camburg, leicht verwundet. Willi Pampel, Rehmsdorf, leicht verwundet, bei der Truppe. Max Prüfe, Zeitz, leicht verwundet. Ernst Rockstroh, Zeitz, leicht verwundet. Unteroffizier Paul Seiler, Kleinaga, leicht verwundet. Willi Stephan, Staschwitz, leicht verwundet. Otto Teuchert, Runthal, gestorben an seinen Wunden. Alfred Weißmann, Mutschau, in Gefangenschaft.

Aus der Sächsischen Verlustliste Nr. 510: Gefreiter Paul Attwein, Zeitz, gefallen. Hermann Dankhoff, Zeitz, gestorben 17. 12. 1917 infolge Krankheit im Lazarett. Adolf Döhme, Meuselwitz, leicht verwundet. Otto Eckardt, Zeitz, aus Gefangenschaft zurück. Alfred Günther, Dobitschen, schwer verwundet. Hugo Just, Wuitz, gefallen.

Bekanntmachung.

Die Räude unter dem Pferdebestande der Firma G. Vester & Co., G. m. b. H., im Grundstück Freimfelder Straße 87 ist erloschen.

Die Schutzmaßnahmen sind aufgehoben worden.

Halle, den 22. Juni 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, **am Mittwoch, den 26. und Donnerstag, den 27. Juni 1918,** bei den von ihnen gewählten Großfirmen das in dieser Woche zum Verkauf gelangende **Kartoffelstärkemehl** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 25. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 39 der Straßenpolizeiverordnung vom 14. September 1910 wird **die Einfahrt** in die Straße „Schlamm" **von der Dachrinnstraße aus verboten. Die Ausfahrt darf an dieser Stelle nur nach der kleinen Ulrichstraße erfolgen.**

Halle, den 24. Juni 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Maurer u. Bauarbeiter

bei dauernder Beschäftigung für kriegswichtigen Betrieb gesucht.

Meldung: **Baustelle Bebitz** bei Könnern (Bahnstation).

Friedr. Knape, Halle a. S.

1299] **Maurer- und Zimmergeschäft.**

Zimmerleute

bei dauernder Beschäftigung für kriegswichtigen Betrieb gesucht.

Friedr. Knape, Halle a. S.

1300] **Maurer- und Zimmergeschäft.**

Dr. Ed. David M.d.R.:

Wer trägt die Schuld am Kriege?

Diese Frage hat **Genosse Eduard David** in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltbereicherungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. Die Entreißung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.

Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27**

Hosenträger

Gegr. 1853. **F. C. Siebert** Fernruf 2363.

Untere Leipziger Str. 9 gegenüber der Kirche. 1301

Städtische Säuglingsfürsorgestelle.

Franzosenweg.

Freitag, 28. Juni, zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags, findet in der **Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge** — Aula des städtischen Lyzeums, Alte Promenade — für die Mütter und Frauen für Säuglingsfürsorge eine **Führung** unter Leitung des Herrn Oberarztes Dr. Rech statt. Eintritt frei. [1306

Gustav Uhlig

Untere Leipziger Straße

Billige, gute Bezugsquelle

in vorteilhaften

Musikinstrumenten

für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte

= Mundharmonikas =

Mandolinen, Gitarren

Wiener Zithermonikas.

Sonntags geöffnet von 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr.

Bettfedern, Daunen

fertige Betten

empfiehlt [1008

Eduard Graf, Halle

Markt 11.

Stadt-Theater

Donnerstag, 27. Juni

Anfang 7,30 Uhr. Ende nach 10 Uhr

Alt-Heidelberg.

Schauspiel v. Meyer-Förster.

Freitag: **Die Rose von Stambul.**

Bad Wittekind.

Heute Mittwoch

kein [1308

Abendkonzert.

Zoo

Donnerstag, 27. Juni, 4 und 7 1/2 Uhr:

Konzert

vom [1307

Stadttheater-Orchester,

Leitung: Musikdirektor Karl Röhren.

Eintrittspreise für Erwachsene 50 Pf., von 7 Uhr ab 35 Pf., Kinder 20 Pf.

Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf.

Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt.

Arbeiter,

abonniert die Volksstimme!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180626-16/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 144. Halle, Mittwoch den 26. Juni 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 26. Juni 1918.

Ueber die Ernährungsaussichten

hat jetzt der Universitätsprofessor Herr Dr. Holdefleiß im Ausschuß des Halleschen Bürgervereins eingehend gesprochen, was nachstehend wiedergegeben sei, ohne daß wir irgendwelche Bemerkungen daran knüpfen oder gar irgendwelche Schlußfolgerungen daraus ziehen möchten, die ja bei dem ganzen gegenwärtigen Stand der Ernährungsverhältnisse doch nur recht fragwürdig sein würden.

Der Redner schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die während des Krieges zu überwinden sind, um unsere Ernährung sicherzustellen. Die äußerst ungünstigen Witterungsverhältnisse der Kriegsjahre haben Ernährungsschwierigkeiten nicht nur bei uns, sondern auch bei unseren Gegnern hervorgerufen. Vor drei Jahren wurde unsere Ernte ungünstig beeinflußt durch das trockene Frühjahr und durch das frühzeitige Einsetzen des Frostes. Namentlich das Kartoffelsaatgut hatte unter dem starken frühzeitigen Frost zu leiden. Deshalb war auch 1916 die Kartoffelernte beispiellos schlecht. Während sonst 45 bis 52 Millionen Tonnen Kartoffeln in unserem Vaterlande geerntet werden, waren es 1916 nur 23 Millionen. Seit über 50 Jahren hat Deutschland eine solche schlechte Kartoffelernte nicht gehabt. Dazu kam, daß 1916 die Rostkrankheit den Ertrag der Weizenernte stark beeinträchtigte. Der strenge Winter des vergangenen Jahres schadete weniger wegen seiner Kälte, sondern viel mehr wegen seiner Länge. Besonders Hafer und Erbsen hatten unter der Verspätung des Frühjahrs zu leiden. Dazu kam, daß die Trockenheit des vergangenen Jahres noch größer war als die im Jahre 1915. Günstig ist, daß in diesem Jahre das Frühjahr vier Wochen früher als 1917 eingesetzt hat. Der ausgiebige Regen der letzten Tage hat die Gefahr der Trockenheit gemildert. Der Regen ist über ganz Deutschland niedergegangen. In Halle ist er besonders reichlich gefallen. Die Niederschlagshöhe betrug hier 22½ Millimeter.

Aber nicht nur unter der Ungunst der Witterung hat unsere Ernährung während des Krieges zu leiden, noch andere Hindernisse beeinträchtigen die Ernte. Die zahlreichen Gefangenen sind unseren Arbeitskräften nicht gleichwertig. Erst zwei Russen ersetzen in der Arbeitsleistung einen Deutschen. In Massenbetrieben ist der Franzose weniger brauchbar, dagegen als Einzelarbeiter gut zu verwenden. Für Spezialarbeiten ist der Engländer brauchbar. Ein empfindlicher Mangel ist das Fehlen vieler Betriebsleiter. Ihre Wichtigkeit hat man erst im Kriege schätzen gelernt. Der hohe Preis der landwirtschaftlichen Maschinen, die Knappheit der Kohlen, das Fehlen des Chilesalpeters sind weitere Hemmnisse. Die Stickstoffgewinnung aus der Luft kann während des Krieges nur zum Teil für die Düngung nutzbar gemacht werden. Die Futtermittel fehlen oder lassen sich nur zu sehr hohen Preisen beschaffen. Die Tonne Roggen kostete im Frühjahr 1915 220 M. Eine verdorbene Lieferung wurde aber mit 635 M. für die Tonne bezahlt, da sie als Futter verkauft wurde, für das damals keine Höchstpreise festgesetzt waren. Die Einführung der Höchstpreise hat übrigens zur Folge gehabt, daß wir in Deutschland die billigsten Getreidepreise haben. Aber trotz der viele.. Schwierigkeiten sind wir besser durchgekommen als vielfach angenommen wurde. Das hat seinen Grund hauptsächlich in der hohen Entwicklung des technischen Betriebes unserer Landwirtschaft. Unsere Landwirte sind in den letzten 50 Jahren zum gärtnerischen Betriebe übergegangen; den Konsumentenkonzentrationen in den Großstädten ist die Produzentenkonzentration gegenübergestellt worden; die Verbindung des Ackerbaues mit der Viehzucht hat den Ertrag erheblich gesteigert.

Die diesjährigen Aussichten sind nicht ungünstig. Es ist eine gute Kartoffelernte zu erwarten; denn die Saatkartoffeln des Vorjahres waren gut, und das zeitige Frühjahr ist für die Entwicklung der Kartoffeln günstig gewesen. Neben der Kartoffel ist der Ertrag des Roggenbaues für unsere Ernährung von großer Bedeutung. Der Roggen steht in diesem Jahre gut auf dem Halme. Der Hafer, der für die Ernährung der Pferde wichtig ist, hat durch die diesjährige Trockenheit weniger gelitten als die Gerste; doch ist zu hoffen, daß der ausgiebige Regen der letzten Tage den Ertrag bessern wird. Das ist um so wünschenswerter, weil die Gerste ein gutes Nahrungsmittel für den Menschen ist. Für den Weizen, der für unsere Ernährung nicht die Bedeutung des Roggens hat, war es die höchste Zeit, daß endlich Regenwetter eintrat. Auch die Zuckerrübe wird sich voraussichtlich gut entwickeln. Wenn wir trotz unserer hohen Zuckerausfuhr im Frieden jetzt im Kriege unter Zuckerknappheit zu leiden haben, so sind der geringere Anbau, die Abgabe an unsere Bundesgenossen und an das Ausland und die Verarbeitung des Zuckers zu Glycerin daran schuld. Auch die Ernte der Oelfrüchte, deren Anbau während des Krieges zugenommen hat, scheint gut zu werden. So ist zu hoffen, daß die diesjährige Kriegsernte nicht ungünstig ausfällt.

Die Schwierigkeiten werden um so leichter überwunden, das Durchhalten wird um so weniger schwer, wenn Konsument und Produzent gegenseitiges Verständnis zeigen. Wie gut wir uns in Deutschland den Verhältnissen angepaßt haben, beweist auch die Tatsache, daß wir, trotzdem wir selbst große Schwierigkeiten zu überwinden haben, dem Auslande und unseren Bundesgenossen ein Helfer in der Not werden konnten.

Schwurgericht Halle.

In der dritten diesjährigen Schwurgerichtsperiode, die am Montag begann, wurde zunächst gegen den Stallgehilfen Hermann Lemme in Bitterfeld wegen **schwerer Urkundenfälschung verhandelt.** Der Angeklagte hatte sich am 18. März in Sandersdorf abgemeldet und einen Abmeldeschein erhalten, nach dem er u. a. Brot und Butter bis zum 24. März erhalten hatte. Für die Anmeldung in Bitterfeld hatte der Angeklagte nun die beiden auf den 24. März lautenden Angaben in 17. März abgeändert und infolgedessen für eine Woche Brot und Butter in Bitterfeld zuviel erhalten, da er beides, wie ihm zustand, schon in Sandersdorf erhalten hatte. Da Lebensmittelscheine öffentliche Urkunden sind und der Angeklagte zum Zwecke einer Täuschung von der gefälschten Lebensmittelkarte Gebrauch gemacht hatte, sollte er sich der schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht haben. Der Angeklagte gab die Tat zu. Die Geschworenen verneinten jedoch die Schuldfrage, worauf ihn das Gericht auf Kosten der Staatskasse freisprach.

Sodann waren der Maler Alwin Schmidt und seine Ehefrau Anna der **schweren Urkundenfälschung** beschuldigt. Die Angeklagten hatten für ihren Haushalt zwei Eier zu bekommen und am 5. März auch zwei Stück in der bekannten hergebrachten Weise gegen Bezahlung erhalten; der angeklagte Ehemann hatte aber 6 Karten auf je 5 Stück Eier lautend fälschlich angefertigt und am 6. März auf vier dieser fälschlich angefertigten Eierkarten zusammen 20 Eier bekommen; es lag also Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug vor. In der Talamtschule wurden aber beim Kaffemachen die gefälschten Eierkarten entdeckt, und da man vermutete, daß weitere gefälschte Karten vorgezeigt werden würden, ordnete der Vorsteher an, daß auf Karten mit der Zahl 5, die etwa noch weiterhin vorgezeigt werden würden, keine Eier mehr verabfolgt werden sollten. Am folgenden Tage, 7. März, kam die angeklagte Ehefrau, um die beiden noch vorhandenen Eierkarten gegen Eier einzutauschen, sie wurde jedoch angehalten und der Polizei zugeführt, wo sie die Schuld eingestanden haben soll und auch das Protokoll unterschrieben hat. Bei der später erfolgten richterlichen Vernehmung hat die Angeklagte aber ihr Geständnis widerrufen, und auch in der Verhandlung behauptete sie, von der Fälschung ihres Ehemannes sei ihr nichts bekannt gewesen. Der als Zeuge geladene Polizeibeamte bekundete, daß die Angeklagte ihm bei der Vernehmung gesagt habe, ihr Mann habe zwar bereits 20 Eier auf vier gefälschte Karten erhalten, und bei einer sofort in der Wohnung der angeklagten Eheleute vorgenommenen Nachsuchung, während der die Ehefrau auf der Polizei festgehalten wurde, haben sich noch 18 Eier vorgefunden, die beschlagnahmt wurden. Die Geschworenen bejahten bezüglich der Tat des Ehemannes die drei vorgelegten Fragen: 1. Ist der Angeklagte schuldig, die Karten gefälscht und davon Gebrauch gemacht zu haben; 2. hat der Angeklagte sich einen Vermögensvorteil verschaffen wollen; 3. sind mildernde Umstände zuzubilligen. Bezüglich der angeklagten Ehefrau bejahten die Geschworenen die Frage, ob die Angeklagte zwei gefälschte Eierkarten zum Zwecke der Täuschung vorgelegt habe, verneinten jedoch die Frage, ob sie schuldig sei, das Vermögen der Stadt Halle geschädigt zu haben, und bejahten ferner die Frage nach mildernden Umständen. Die Angeklagten sind beide noch nicht bestraft. Das Gericht verurteilte den Ehemann antragsgemäß zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten, die Ehefrau zu einer solchen von zwei Wochen, während die Staatsanwaltschaft gegen sie einen Monat beantragt hatte.

---

* **Städtische Kirschen.** Wir teilten bereits in voriger Woche mit, daß der Stadt eine größere Kirschennutzung von der Provinzialstelle für Gemüse und Obst enteignet worden sei, da sie hierfür angeblich zu hohe Preise gezahlt habe. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung ging nun der Oberbürgermeister auf diese Sache ein, wobei er mitteilen konnte, daß die Enteignung inzwischen bereits wieder aufgehoben worden sei. Danach war es also dem Stadternährungsamt nach vielen Mühen gelungen, im Querfurter Kreise eine Kirschennutzung von 2300 Zentnern zu bekommen. Plötzlich griff die Provinzialstelle mit ihrer Enteignung ein, und nur sofortigen Beschwerden an die oberen Stellen ist es gelungen, hier eine Sitzung der maßgebenden Stellen zustande zu bringen, nach der die Enteignung wieder aufgehoben wurde. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß die Provinzialstelle zahlenmäßig falsche Unterlagen besaß, wobei außerdem aber verwunderlich ist, daß die Provinzialstelle sich gar nicht erst die Mühe gegeben hat, auch den hiesigen Magistrat als Angeklagten zu befragen. Der Oberbürgermeister nannte ein solches Verfahren sehr beklagenswert, wir möchten es mit einem ganz anderen Ausdruck belegen. Sonach wird Halle also eigene Kirschen verkaufen können.

* **Sammelt Obstkerne zur Fettgewinnung!** Unter dieser Ueberschrift wird folgende amtliche Aufforderung erlassen: Die Kirschen sind reif. Vergeßt nicht die Kerne zur Oelgewinnung zu sammeln und der nächsten Schule oder Sammelstelle abzuliefern. Diese Bitte ergeht besonders an die Hausfrauen, die Obst einkochen und einwecken. Das Obstkernöl ist ein wertvolles Speiseöl und wird restlos zur Erzeugung von Margarine verwandt, deren Herstellung heute als Ergänzung der Butterration für die allgemeine Versorgung der Bevölkerung mit Speisefetten von größter Bedeutung ist. Jeder Obstkern enthält einen Tropfen des kostbaren Oeles. Deshalb werfe niemand Obstkerne auf die Straße, sondern trage seinen Teil dazu bei, daß diese heimische Oelquelle restlos unserer Volksernährung erschlossen werden kann. Die Sammelstellen vergüten das Kilogramm trockener Obstkerne mit 10 Pf. Jeder Kern ist wichtig! Jeder sammele!

* **Aenderung der Erdbeerpreise.** Unter teilweiser Abänderung der Bekanntmachung vom 16. Juni 1918 hat der Magistrat den Kleinhandelsverkaufspreis für Erdbeeren 1. Wahl von 1.90 auf 2 Mark das Pfund erhöht. Der Großhandelspreis sowie die Preise für Erdbeeren 2. Wahl bleiben bestehen.

* **Zur Ernteschätzung 1918.** Im Juli findet auf Grund der Anordnung des Bundesrats vom 29. Mai 1918 eine Ernteschätzung für die Hauptgetreidearten Weizen, Roggen, Gerste, Spelz, Emer, Einkorn sowie Gemenge daraus, getrennt nach Winter- und Sommerfrucht, statt. Die durch die diesjährige Anbau- und Ernteflächenerhebung festgestellten Eigentümer oder Bewirtschafter aller landwirtschaftlich genutzten Flächen, auf denen die genannten Getreidearten angebaut sind, erhalten vom Statistischen Amt der Stadt Halle einen Vordruck, der gewissenhaft ausgefüllt spätestens bis zum 20. August zurückzugeben ist. Da die Ernteschätzung für die weiteren Maßnahmen auf dem Gebiet unserer Volksernährung von größter Wichtigkeit ist, wird erwartet, daß die Meldepflichtigen ihre Angaben mit der peinlichsten Sorgfalt und Genauigkeit machen, schon um nicht Gefahr zu laufen, bestraft zu werden.

* **Feldschutz.** Fortgesetzt wird über die Schäden Klage geführt, die beim Pflücken von Feldblumen auf Aeckern und Wiesen angerichtet werden. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß jeder sich strafbar macht, der unbefugt vor beendeter Ernte über Wiesen und bestellte Aecker geht. Durch die Entnahme von Feldblumen gehen nicht unbeträchtliche Futtermittel verloren. Viel größer aber sind die Verluste, die der Ernte durch Zertreten der Pflanzen hierbei zugefügt werden.

* **Das Ende der „Karnickelwurst".** Seit etwa einem Jahre wird von einer Kleintierzuchtanstalt in Niederwartha bei Dresden eine Kaninchenwurst in den Handel gebracht, und für dieses Produkt wurden Preise verlangt, welche die für Wurst aus Rind-, Kalb- und Schweinefleisch festgesetzten Höchstpreise um ein Bedeutendes überstiegen. Diese Kaninchenwurst reichte zwar an die Güte der von den Fleischern hergestellten Wurst bei weitem nicht heran, dessenungeachtet blieben die hohen Preise dafür unangefochten bestehen, denn man war sich an zuständiger Stelle darüber nicht klar, ob man Kaninchenwurst als ein vollwertiges Wurstprodukt oder als ein Ersatzmittel bezeichnen solle. Nun hat die Ersatzmittelstelle des

---

Handel und Wandel.

68] Von F. W. Hackländer.

Zu meinem größten Schrecken erkannte ich den Prinzipal und hielt den Doktor am Arme zurück. Der Buchhalter stand gerade an der Haustür und der Herr Stieglitz, der ihn wohl zu bemerken schien, mochte glauben, es mache sich dort ein Dieb etwas zu schaffen und schlich sich leise näher, um ihn zu überraschen.

Er kam dicht an dem Portal des Gasthofes vorbei, in das wir uns augenblicklich zurückzogen, und als er seinem Hause gegenüber angelangt war, sprang er auf den vermeintlichen Dieb mit einem solch ungeheuren Satze los, wie ich ihn dem alten Manne nicht zugetraut.

Der Buchhalter, der sich unvermutet gefaßt und krampfhaft festgehalten fühlte, stieß den Angreifer von sich und wollte entfliehen, plötzlich hörten wir ein heiseres Gelächter, sahen einen glänzenden Punkt wie einen falben Blitz durch die Luft fahren, sahen den Buchhalter wanken und mit dem Ausruf: „Jesus Christus im Himmel!" zusammenstürzen. Das heisere Gelächter wiederholte sich, der Prinzipal öffnete hastig die Haustür und als sie aufflog, sahen wir die Hausflur hell erleuchtet und Madame Stieglitz darin stehen, ein Licht in der Hand.

„Was ist geschehen?" rief die ernste Frau mit zitternder Stimme, als sie den Prinzipal mit wilden verstörten Zügen ins Haus stürzen sah. Doch starrte sie derselbe mit einem entsetzlichen Ausdruck an, spreizte die Hände von sich und sagte mit tonloser Stimme: „Ich hab' mein Messer nach einem Diebe geworfen, er liegt draußen." Bei diesen Worten sah ich, wie das Licht in der Hand der starken Frau zitterte, doch gefaßt, wie sie war, riß sie an der Schelle der Dienerschaft und führte den Prinzipal nach seinem Zimmer. Der Doktor Burbus hatte den Buchhalter nicht sobald niederstürzen sehen, als er auf ihn zusprang, ihn aufrichtete und ins Haus führte. Ich sprang hinter ihm drein, warf die Haustür hinter mir zu, denn ich hatte bemerkt, daß sich zwei Nachtwächter näherten; in dem allgemeinen Tumult aber, der in dem Hause entstand, bei dem Rennen des Hausknechts und der Ladenjungfer, schlüpfte ich eilig auf mein Zimmer, brachte meine Kleider etwas in Unordnung, als sei ich erst eben dem Bette entsprungen und eilte zitternd ob all dem Schrecklichen, das ich gesehen, wieder die Treppe hinab.

33.

Ruhe sanft!

Unten im Hause herrschte die grenzenloseste Verwirrung; die Prinzipalin, schon entsetzt durch den Gedanken, der Gemahl habe einen Dieb mit seinem Messer niedergestreckt, rang die Hände, als sie entdeckte, daß dieser vermeintliche Dieb niemand anders als der Buchhalter Herr Specht sei. Die sonst so ruhige Frau war außer sich, und dicke Tränen rollten unter ihren grauen Wimpern hervor. Der Verwundete lag in dem Zimmer an der Tür, in demselben, wo ich durch den Professor vorgestellt worden war. Den Hausknecht, der gerade zum Doktor stürzen wollte, hielt ich noch zur rechten Zeit auf, indem ich ihm bedeutete, ebender Herr, der den Buchhalter hereingeführt, sei ein Arzt. Madame Stieglitz war durch dies sonderbare glückliche Zusammentreffen beruhigt, denn sie war überzeugt, daß es noch mehr Aufsehen gegeben hätte, wenn man den Kreisphysikus, den alten Hausarzt, mitten in der Nacht hätte wecken müssen. Auch benahm sich der Doktor Burbus mit solcher Umsicht und Ruhe, daß er das Vertrauen der Madame Stieglitz gewann; glücklicherweise hatte er auch sein Verbandzeug in der Tasche, und nachdem die laut schluchzende untröstliche Ladenjungfer und der Hausknecht entfernt waren, begab er sich ans Geschäft; auch mich wollte die Prinzipalin wegschicken, doch meinte Burbus, der junge Mensch könnte ihm das Wasserbecken halten, und so durfte ich dableiben.

Die Verwundung des Herrn Specht war nicht gefährlich. Das Messer, von sicherer Hand, aber in Dunkelheit geworfen, hatte sein Ziel um wenige Zoll verfehlt und die linke Seite etwas stark zerschnitten. Es war mehr der Schrecken, verbunden mit der Aufregung, in der sich der Buchhalter ohnehin befand, die ihn niederwarfen. Bald war der Verband kunstgerecht angelegt, der Kranke bekam ein niederschlagendes Pulver und somit wäre alles in Ordnung gewesen.

Doktor Burbus erzählte der Prinzipalin, wie er zufällig an der Tür des Gasthofes gewesen, als die Szene in der Straße vorfiel. „Madame," setzte er hinzu, „ich brauche Ihnen nicht die Versicherung zu geben, daß ich eine Hauptpflicht des Arztes, Verschwiegenheit, genau kenne und befolge. Die Sache ist ein Unglück, ein Versehen und man braucht darüber vor der Welt keine Geschichte zu machen, und wenn Sie," sagte er leise und deutete auf mich, „in jenen jungen Menschen vollkommenes Vertrauen setzen, so schicken Sie ihn auf die Straße und lassen ihn jenes unglückselige Messer holen."

„Ganz recht," entgegnete Madame Stieglitz, gab mir den Auftrag und ich sprang auf die finstere Gasse. Emsig mit Augen und Händen suchend, hatte ich bald das Instrument entdeckt: es war das gewöhnliche Taschenmesser des Prinzipals, das er abends, wenn er auszugehen pflegte, einsteckte. Es hatte eine ungefähr vier Zoll lange Klinge, und ich schauderte, als ich es in die Hand nahm, mir schien das Eisen feucht, weshalb ich es an meinem Taschentuch abwischte und alsdann sorgfältig zusammenlegte. Mir kamen die Vorfälle des heutigen Abends wie ein wirrer gespenstiger Traum vor: jene Altane, auf der mir der Buchhalter und der Kandidat gedroht, mich ins Wasser zu werfen, dann die Worte des Prinzipals, der uns nicht kannte, und der, um mich vor meinen Verfolgern zu retten, meinem Angreifer das Messer in die Rippen zu schleudern versprach, was nun später, wenn auch durch ganz andere Veranlassung, wirklich geschah.

Ich eilte ins Haus zurück, händigte der Prinzipalin das Messer ein, ohne daß es der Buchhalter bemerkte, der gerade im Begriff war, über sein spätes Nachhausekommen eine artige, aber recht fromme Lüge vorzubringen, die auch der Doktor mit dem gläubigsten Gesicht der Welt anhörte. „Ich nehme," sagte der Herr Specht, „diese leichte Verwundung aus der Hand meines verehrten Prinzipals als eine Züchtigung Gottes für begangene Sünden; ach, es ist ja kein Mensch fehlerfrei und mein größter Schmerz ist, daß ich Ihnen, geschätzte Frau Prinzipalin, eine unruhige Stunde bereitet, sowie jenen freunden guten Arzte und meinem kleinen Freunde da." Er sah mich mit einem forschenden Blicke an und war sichlich beruhigt, als ich ihm erwiderte: „Was mich anbelangt, verehrter Herr Buchhalter, so versichere ich Ihnen, daß es mir ein aufrichtiges Vergnügen macht, Ihnen einen kleinen unbedeutenden Dienst leisten zu können. Ich bin überzeugt, daß Ihre Wunde in wenig Tagen geheilt ist, und dann," setzte ich mit Betonung hinzu, „denkt gewiß kein Mensch mehr an die Vorfälle dieser Nacht." —

„Amen," sagte der Buchhalter gerührt, Burbus lächelte ein klein wenig und Madame Stieglitz nickte mir freundlich zu.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180626-16/fragment/page=0005

sächsischen Kriegswucheramts den Zweifel[...] gemacht und entschieden, daß die Kaninchenwurst ein minderwertiges Ersatzmittel sei. Der geschäftstüchtige Kaninchenwurstfabrikant hat infolgedessen die Herstellung von Kaninchenwurst sofort eingestellt und seine Fabrik stillgelegt.

* **Die Heeresbezüge (Militärrenten)** sind am 29. Juni beim Postamt I hier abzuholen. An diesem Tage sind ausreichende Beamtenkräfte dafür bereitgestellt. Am 30. Juni (Sonntag) können gleichfalls von 11 bis 1 Uhr vormittags Zahlungen geleistet werden, dagegen steht am Montag, 1. Juli, nur ein Schalter hierfür zur Verfügung. Wer seine Bezüge also am 1. Juli erst in Empfang nehmen will, wird auf längeres Warten gefaßt sein müssen.

* **Für die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer.** Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts hat im Hinblick auf die von den deutschen Unternehmerverbänden wiederholt abgegebenen Erklärungen, den aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten und Arbeitern ihre früheren Arbeitsplätze, soweit irgend möglich wieder einzuräumen, angeregt, daß die Unternehmer, soweit es bisher etwa noch nicht geschehen sein sollte, schon jetzt oder doch sobald als es im Einzelfalle irgend durchführbar ist, sich daüber entscheiden möchten, welche Angestellten und Arbeiter sie wieder einstellen werden, so daß wenigstens ein Teil der Kriegsteilnehmer der bisher in gewissem Umfange doch noch auf ihnen lastenden Ungewißheit über ihre spätere wirtschaftliche Lebensstellung enthoben werden könnte. In unmittelbarem Zusammenhange damit steht die Frage, in welchem Umfange die grundsätzlich hilfsweise Einstellung weiblicher Arbeitskräfte in den einzelnen Betrieben abgebaut werden muß, um den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern ihre früheren Arbeitsplätze wieder frei zu machen. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts möchte deshalb die Unternehmerschaft gebeten haben, auch in dieser Beziehung schon jetzt auf eine vorsorgliche Regelung in den einzelnen Betrieben bedacht zu sein, gegebenenfalls auch genauere Richtlinien dafür aufzustellen.

* **Kriegsopfer der Justiz.** Unser Magdeburger Parteiblatt schreibt: Großer Betrieb herrscht jetzt auch in den Gerichtssälen, der Krieg hat die Menschen und ihre Lebensverhältnisse so gut gemacht, daß die Strafrichter auch bald in Doppelschichten arbeiten müssen. Zumeist werden Eigentumsvergehen abgeurteilt, und meistens handelt es sich um widerrechtliche „Selbstversorgung" mit Kleidungsstücken und Nahrungsmitteln. Also Dinge, die wir nicht entbehren können, an denen aber großer Mangel herrscht. Es steht gewiß jetzt mancher vor Gericht, wandert auf Wochen und Monate ins Gefängnis, der unter normalen Verhältnissen nie auf den Gedanken gekommen wäre, sich an dem Eigentum andrer Menschen zu vergreifen. Er wird auch im gewissen Sinne zum Kriegsopfer. Es werden strenge Strafen verhängt, die Eigentumsvergehen vermindern sich trotzdem nicht, das Gegenteil ist vielmehr der Fall. Man kann einen beliebigen Gerichtstag herausnehmen und findet immer das alte Elendsbild: eine erschreckend lange Reihe von Urteilen wegen Eigentumsvergehen. Am Freitag zum Beispiel hatte die Strafkammer des hiesigen Landgerichts über elf Fälle zu verhandeln. Alle elf betrafen Diebstähle. Nur in drei Fällen war Geld gestohlen, in acht dagegen Kleidungsstücke und Nahrungsmittel. Im ganzen verhängte das Gericht an diesem einen Tage 5 Jahre, 10 Monate, 6 Wochen und 5 Tage Gefängnis und 1½ Jahre Zuchthaus. Gestohlen hatten die Verurteilten insgesamt 1239 Mark Geld, 16 Paar Strümpfe, drei Knäuel Garn, einen Treibriemen, eine Hose, sonstige Kleidungs- und Wäschestücke; 25 Pfund Schinken, drei Würste, vier Sack Gerste, zwei Gänse, vier Enten, fünf Hüner, einen Hammel und noch kleinere Mengen Nahrungsmittel. Diese Urteile sind das Ergebnis eines einzigen Tages! Nicht etwa eines besonders „schwarzen" Tages, sondern eines wahllos herausgegriffenen. Also der Krieg ist wirklich ein Stahlbad.

* **Vom provinzialen Arbeitsmarkt.** Nach Mitteilung des Arbeitsnachweisverbandes Sachsen-Anhalt, e. V., hielt während des Mai die Nachfrage nach gelernten männlichen Arbeitskräften in der Industrie und im Handwerk allgemein an. Das Angebot war sehr knapp und lediglich bei den Jugendlichen an wenigen Orten nennenswert. Letztere konnten, soweit die Vermittlungen nicht an den Lohnansprüchen scheiterten oder Stellen als Laufburschen vorgezogen wurden, zum Teil dem Baugewerbe, vereinzelt auch der Landwirtschaft zugeführt werden. In der Landwirtschaft machte sich ein Bedarf an männlichen einheimischen Personen nicht besonders bemerkbar. Zum Rübenverziehen wurden verschiedentlich Kinder in großer Anzahl vermittelt. Anderwärts standen genesenden Soldaten und Jungmannen für Garten- und Feldarbeit zur Verfügung. Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften in der Industrie steigerte sich weiter in Magdeburg und Reinsdorf. Auch in Dessau, Aschersleben, Torgau, Bitterfeld und Eisleben (Berg- und Hütten-, Feldarbeiterinnen) ist der Bedarf noch groß. Das Angebot innerhalb des Verbandsgebiets ist demgegenüber gering. Auch die Heranziehung von auswärts stößt auf Schwierigkeiten, da der Ueberschuß an weiblichen Arbeitskräften in den noch in Frage kommenden Bezirken infolge der überaus starken Nachfrage mehr und mehr abnimmt, und vielfach landwirtschaftliche Arbeit vorgezogen wird. Die Uebernahme von Fabrikarbeit durch noch nicht erwerbstätige Frauen und Mädchen aller Stände, wofür in der Presse neuerdings geworben wird, würde daher eine wesentliche Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt bringen. Die Vermittlung von weiblichen Arbeiterinnen aus Industrie und Stadt in die Landwirtschaft machte Fortschritte. Der Dienstbotenmangel besteht in Stadt und Land unverändert fort.

* **Schulpflegerinnen in Halle.** Wie in einigen anderen Städten, z. B. in Charlottenburg und in Nürnberg, sollen auch in Halle Schulpflegerinnen zur Ergänzung der sozialen Hilfstätigkeit der Lehrerschaft und zur Ausübung des Kinderschutzes angestellt werden. Die Schulpflegerin soll die Vermittlerin zwischen Schule, Schularzt, Elternhaus und allen Einrichtungen, die sich mit Kinderschutz und Kinderfürsorge befassen, sein; sie hat alle Fürsorge für bedürftige, kranke, vernachlässigte, verwahrloste oder minderbegabte Volksschulkinder möglichst wirksam zu gestalten. Nach Möglichkeit hat sie auch die schulentlassene Jugend in die Jugendpflegestätten hinüberzuführen. Die Schulpflegerin hat in engster Verbindung mit den in Betracht kommenden staatlichen Behörden mit dem Vormundschaftsgerichte, mit der städtischen Armenverwaltung, der Waisenpflege, mit den Vereinen für Jugendfürsorge und Kinderschutz zu bleiben, um stets deren Mithilfe in Anspruch nehmen zu können und von ihnen wieder jeden Fall von Kindernot gemeldet zu haben. Sie hat regelmäßig Sprechstunden abzuhalten und sich durch Hausbesuche und Erkundigungen über die häuslichen Verhältnisse der Kinder zu unterrichten und zu entscheiden, ob Fürsorgemaßnahmen im einzelnen Fall notwendig sind. Auch soll sie die guten Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus, die für eine gute Erziehung der Schulkinder durchaus notwendig sind, vermitteln und pflegen. In den Orten, in denen bereits Schulpflegerinnen angestellt waren, hat sich die Einrichtung bewährt.

* **Verschärfte Ueberwachung der höheren Wagenklassen.** Vielfache Klagen lassen erkennen, daß Reisende eigenmächtig in einer höheren Wagenklasse Platz nehmen und infolgedessen Reisende mit für diese Klasse gültigen Fahrkarten keinen Platz mehr finden. Es soll daher eine besonders scharfe Ueberwachung in den höheren Wagenklassen ausgeübt werden. Reisende, die ohne gültige Fahrkarte betroffen werden, sollen zwecks Stellung von Strafantrag festgestellt werden. — Auch über die Auskunftserteilung in den Schnellzügen und auf Bahnhöfen wird von den Reisenden geklagt. Das Hilfspersonal soll in Zukunft besonders eingehend unterwiesen und belehrt werden.

* **Vor unvorsichtigem Baden** soll jetzt in den Schulen gewarnt werden, so hat jetzt der Unterrichtsminister in einer besonderen Verfügung an die Provinzialschulkollegien und die Königlichen Regierungen angeordnet. Die Schüler und Schülerinnen sind öfters vor dem Baden an verbotenen oder nicht ausdrücklich erlaubten Stellen dringend zu warnen, und dabei sowohl Schüler wie Schülerinnen auch über die gesundheitlichen Schädigungen zu belehren. Zuwiderhandlungen sind nachdrücklich zu ahnden. Die Schüler sollen auch womöglich mit den Maßnahmen zur Wiederbelebung Ertrunkener bekannt gemacht und durch Versuche geübt werden.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Mittwoch gelangt das Schauspiel „Mutter" von Paul Lehmann zur ersten Wiederholung, Donnerstag „Alt-Heidelberg", Freitag „Die Rose von Stambul", Sonnabend „Der Troubadour", Sonntag nachmittag Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen „Die Stützen der Gesellschaft", abends 7½ Uhr „Der Zigeunerbaron".

Im Goethetheater zu Lauchstädt gelangen Sonntag, den 7. Juni, nachmittags 4½ Uhr Kleists Lustspiel „Der zerbrochene Krug" und Goethes Schauspiel „Die Geschwister" durch das Hallesche Stadttheater unter Leitung von Leopold Sachse zur Aufführung, deren gesamter Reinertrag der Ludendorff-Spende überwiesen wird. Eintrittskarten sind zu haben in der Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan und bei Frau Heinemann in Lauchstädt.

* **Eine Volksvorstellung** findet nächsten Sonntag nachmittag im Stadttheater statt, auf welche die Arbeiterschaft ganz besonders hingewiesen wird. In dieser wird das Schauspiel von Ibsen „Stützen der Gesellschaft" aufgeführt. Eintrittskarten zu derselben zum Preise von 25 bis 65 Pf. sind im Arbeitersekretariat, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7, zu haben.

Aus der Provinz.

Kampf um die Jugend.

Die Freizügigkeit junger Arbeiter war durch verschiedene Verordnungen des stellv. Generalkommandos eingeschränkt worden, die den Zweck hatten, die Arbeitskräfte möglichst der Land- und Forstwirtschaft zu erhalten. So sollte durch manche Anordnungen den jugendlichen Personen in Landgemeinden und Gutsbezirken usw. ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde nicht gestattet sein, eine andere als land- oder forstwirtschaftliche Arbeit anzunehmen. Die Polizeibehörden sollten daher auch jugendlichen Leuten aus der Landbevölkerung Arbeitsbücher, ohne die sie in gewerblichen Betrieben nicht beschäftigt werden dürfen, nicht ausstellen.

Diese Maßnahmen haben schon zu Auseinandersetzungen im Reichshaushaltsausschuß geführt, ohne daß eine Aufhebung der Erlasse erreicht worden ist. Neuerdings ist nun auf Veranlassung einer Anzahl Handwerkskammern der Kammertag beim Preußischen Minister für Handel und Gewerbe in der Frage vorstellig geworden. Klage wurde insbesondere darüber geführt, daß es den Handwerksmeistern nicht möglich sei, aus ländlichen Kreisen Lehrlinge zu erhalten. Das Vorgehen hatte auch Erfolg. Das Kriegsministerium teilt mit, daß es den Ausführungen sich nicht verschlossen und die Generalkommandos angewiesen habe, solchen jugendlichen Personen, die eine Bescheinigung der zuständigen Ortsbehörde darüber beibringen, daß sie in ein handwerkliches Lehrverhältnis eintreten, kein Hindernis in den Weg zu legen. Die Ortsbehörde ist verpflichtet, vor Ausstellung der Bescheinigung den Sachverhalt zu prüfen und sich durch eine schriftliche Erklärung des betreffenden Meisters zu vergewissern, daß dieser den Lehrling auf eine angemessene Lehrzeit einstellen wird.

Es bleiben damit in vielen Bezirken immer noch Einrichtungen bestehen, die als hart bezeichnet werden müssen. So ist verschiedentlich bestimmt, daß jede männliche oder weibliche Person verpflichtet ist, auf Aufforderung der zuständigen Behörde im Bezirk ihres Wohnsitzes oder einer Nachbargemeinde gegen den jeweils am Orte üblichen Lohn eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende land- oder forstwirtschaftliche Arbeit insoweit zu übernehmen, als es ohne wesentliche Schädigung ihrer eigenen Verhältnisse geschehen kann usw. Soweit sich die Gerichte schon mit der Zulässigkeit solcher Anordnungen beschäftigt haben, sind sie (vergl. ein Urteil des Gewerbegerichts Hamburg vom 21. September 1917) als rechtsgültig bezeichnet worden.

Merseburg. Ausgabe von Lebensmitteln. Für die Zeit vom 1. bis 7. Juli werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 1 Pfd. Gemüsekonserven zu den in den Verkaufsstellen ausgehängten Preisen auf Bezugsschein Nr. 39, ohne Anspruch auf eine bestimmte Sorte; 100 Gramm Kunsthonig zum Preise von 15 Pf. auf Bezugsschein Nr. 40. Der Verkauf erfolgt von Donnerstag, den 4. Juli bis einschließlich Sonnabend, den 6. Juli. Die Fettmenge für die laufende Woche ist auf 40 Gramm pro Kopf festgesetzt worden, und zwar erhalten die Kunden der Butterstellen 1 und 2 Landbutter, die Butterstellen 3 bis 14 Butterschmalz. Die Anlieferung von Butter ist in dieser Woche so gering, daß in der Hauptsache Butterschmalz zur Ausgabe gelangen muß. Zusatzberechtigte erhalten 50 Gramm Landbutter.

— Diebstähle. Eingebrochen wurde beim Buchbindermeister B. in der Bahnhofstraße. Während der Abwesenheit der Bewohner drang ein Mann in die Wohnung ein, erbrach den Schreibtisch und entwendete aus einer Geldkassette, die er ebenfalls öffnete, etwa 500 M. Bargeld. — Bestohlen wurde eine Anzahl Fußballspieler im Augarten. Der Dieb drang während des Spiels ein und unterzog die im Kleiderraum aufbewahrten Kleider einer ziemlich gründlichen Revision. Es werden vermißt 5 Uhren, mehrere Brieftaschen und Geldbörsen mit Inhalt, sowie verschiedene Schmuckgegenstände.

— Schwerbestraft. Der Fürsorgezögling O. H. in Merseburg stand wegen schweren Diebstahls im straffschärfenden Rückfalle, intellektueller Urkundenfälschung und wegen Bettelns vor der Strafkammer in Halle. Er war aus der Erziehungsanstalt Wilhelmshof entwichen, dann unter Benutzung teils eines Güterzuges, teils eines Personenzuges nach Corbetha gekommen, indem er es verstand, sich durch Einschleichen in ein Bremserhäuschen freie Fahrt zu verschaffen. Auf seinen Fahrten u. a. in Lauchstedt hatte er auch gebettelt. In Merseburg stahl er einem Arbeiter K., als dieser zur Arbeit gegangen war, 228 M. bares Geld, eine Damenuhr, einen Rucksack, drei Unterhosen, zwölf Pfund Speck, einen Anzug, ein Messer, zwölf Würste. In die Wohnung war er durch Eindrücken einer Fensterscheibe gelangt. Vor seinem Abgange aus der Wohnung des bestohlenen K. hatte er diese noch mit Kot beschmutzt und mit einem Messer das Sofa zerschnitten. Einem Polizeibeamten gegenüber wies er sich durch eine Ausweiskarte der Berliner Straßenbahn, die natürlich auf einen anderen Namen lautete, aus; diese Karte will er von einem anderen Jungen erhalten haben. Der Gerichtsvorsitzende bemerkte, bei dem Angeklagten wäre die Prügelstrafe besser angebracht als Gefängnis. Das Gericht verurteilte den durchaus geständigen achtzehnjährigen Uebeltäter zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und einer Haftstrafe von acht Wochen.

Bitterfeld. Zur Kohlenversorgung gibt der Magistrat bekannt: Diejenigen Einwohner und Inhaber des sogenannten Kleingewerbes (Brennstoffverbrauch bis zu 10 Tonnen im Monat), die ihren Bedarf an Brennstoff nicht im Wege des Landabsatzes von den umliegenden Gruben zu decken vermögen, sondern auf den Bezug mit der Eisenbahn angewiesen sind, werden hiermit aufgefordert, umgehend — spätestens bis zum 1. Juli 1918 — hierher nach Art und Menge anzuzeigen: a) den Bedarf bis zum 30. September 1918, b) den Bedarf für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 30. April 1919. Werden die Meldungen nicht rechtzeitig erstattet, so kann zu unserem Bedauern die Ueberweisung der Bezugsscheine zum Brennstoffbezuge mit der Eisenbahn bestimmt nicht erfolgen. Gleichzeitig weisen wir wiederholt darauf hin, daß nach § 18 der Bekanntmachung des Reichskommissars betreffend die Brennstoffversorgung, jeder Empfänger eines Frachtbriefes bei Eingang einer Hausbrandsendung uns sofort unter Angabe von Menge und Sorte Anzeige zu erstatten hat.

Wittenberg. Aufgegriffen. Der strafgefangene Arbeiter Pfuhl aus Bleddin, der eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hat, rückte am vergangenen Dienstag von seiner Arbeitsstätte in Wolfen bei Bitterfeld ab, konnte aber hier, wo er sich bettelnd herumtrieb, festgenommen werden.

— Abgefaßte Erdbeerdiebin. Als sie bereits 12 bis 15 Pfund Erdbeeren gestohlen hatte, wurde von dem Gemüsegärtner Gottlob Müller, auf seinem Acker in der Feldmark Trajuhn, die hier in der Mauerstraße wohnende Frau des Arbeiters Paul auf frischer Tat abgefaßt und zur Anzeige gebracht.

— Schwindelhafte Hamsterei. Eine Schwindlerin treibt jetzt in den umliegenden Ortschaften ihr Unwesen. Um auf bequeme Weise in Besitz von Lebensmitteln zu gelangen, schwindelt sie den dortigen Landwirten vor, noch im Besitz von Herren- und Damenstoffen zu sein. Natürlich bietet sie diese Sachen als Friedensware und zu Friedenspreisen an. Um dies auch glaubhaft erscheinen zu lassen, legt sie dann eine Stoffmusterprobe zum Aussuchen der gewünschten Stoffe vor. Sie gibt an, Frau Kühne zu heißen, und will Schloßstraße 7 wohnen. Gutgläubige Landwirte geben dann alles entbehrliche von Lebensmitteln dieser Frau, müssen aber am nächsten Tage beim Abholen der bestellten und ausgesuchten Stoffe die Wahrnehmung machen, daß dort eine Frau Kühne gar nicht wohnt und sie mithin einer Schwindlerin in die Hände gefallen sind.

Aus der Partei.

Unabhängiger Steuerwirrwarr.

Auf keinem Gebiet der Politik haben sich die Unabhängigen so oft blamiert und so gründlich selbst widersprochen, wie auf dem der Steuerpolitik. Sie haben bekanntlich nicht nur gegen die Kriegsgewinnsteuer gestimmt, sondern auch gegen die andern vernünftigen Steuervorschläge der Sozialdemokratie und haben diese Haltung mit der leichtfertigen Begründung zu decken gesucht, es sei nicht ihre Aufgabe, der Regierung des kapitalistischen Klassenstaats Steuern auf dem Präsentierteller anzubieten. Jetzt aber schlagen sie selbst eine große Vermögensabgabe und verschärfte Steuern auf Kriegsgewinne und Erbschaften vor, und die Leipziger Volkszeitung schreibt dazu: „Genosse Bernstein wies in der Begründung darauf hin, daß es darauf ankomme, die jetzt vorgeschlagenen schädlichen Steuern durch wirklich rationelle Steuern zu ersetzen und damit die deutsche Finanzpolitik auf eine gesunde Grundlage zu stellen."

Deshalb wirft die linksradikale Bremer Arbeiterpolitik natürlich den Unabhängigen vor, sie hätten sich auf den verwaschen liberalen Standpunkt der Herren Georg Bernhard und Philipp Scheidemann gestellt: wenn man dem Klassenstaat so liebevoll bei der Aufbringung der Kriegssteuern helfe, solle man doch auch konsequent sein und ihm die Mittel zum Kriegführen bewilligen. Was ja freilich die Unabhängigen auch bei den ersten drei Kriegskrediten getan hätten! Die ganze unabhängige Steuerpolitik sei opportunistische Unehrlichkeit. Am 4. April habe derselbe Eduard Bernstein in derselben Leipziger Volkszeitung nachgewiesen, daß die Vermögensabgabe eine Utopie wäre und, wenn sie ausführbar wäre, höchstens 40 Milliarden bringen könnte, während die Kriegskosten über dreimal so hoch sind. Damals hatte nämlich die sozialdemokratische Parteipresse die Vermögensabgabe gefordert! Natürlich mußten damals die Unabhängigen widersprechen und können nun nichts dagegen einwenden, daß die Linksradikalen ihnen vorwerfen, „dasselbe Fechterkunststückchen auszuführen wie die Scheidemänner und so zu tun, als hielten sie es für möglich, die Besitzlosen mit den Kriegskosten zu verschonen." Die Sorge der Unabhängigen darum, den gegenwärtigen Klassenstaat finanziell möglichst gesund zu machen, zeige deutlich, daß sie prinzipiell und wesentlich dasselbe seien wie die Scheidemänner, den Klassengegensatz verhüllten und das Proletariat einschläferten.

Da bekommen die Unabhängigen ganz schöne Prügel mit der Rute, die sie sich selbst durch ihr demagogisches Hetzen gegen die Sozialdemokratie gebunden haben.

*

Die Freude der Gegner.

Die Kölnische Zeitung berichtet triumphierend: Der Rückgang der sozialdemokratischen Organisation im Reichstagswahlkreis Solingen, der immer als eine Hochburg der Sozialdemokraten gegolten hat, erhellt aus Zahlen, die bei der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Volksvereins (U. Soz.) gegeben wurden. Beide sozialdemokratische Parteigruppen zählten 1918 zusammen nur 857 Mitglieder, gegen 5000 der noch nicht gespaltenen Partei im Jahre 1914. Die Unabhängigen Sozialdemokraten im Reichstagswahlkreise Solingen haben erklärt, den gegenwärtigen Abgeordneten Philipp Scheidemann nicht wiederwählen zu wollen. Ihre Hauptversammlung beschloß, die Kandidatenfrage zum Reichstag und Landtag vorzuberaten und der nächsten Kreis-Generalversammlung Vorschläge zu unterbreiten.

*

25 Jahre Abgeordneter. In diesem Jahre kann Genosse Richard Fischer, der Geschäftsführer der Vorwärts-Druckerei in Berlin, auf eine 25jährige Tätigkeit als Mitglied des Reichstags zurückblicken. In der Stichwahl des Jahres 1893 wurde er im Berliner 2. Wahlkreis gewählt und vertritt diesen Kreis mit einer kurzen Unterbrechung, da im Jahre 1898 ein Freisinniger gewählt wurde. Doch wurde dessen Mandat bald ungültig erklärt und schon 1899 zog Fischer wieder in den Reichstag ein. Bayer von Geburt ist Richard Fischer doch eine der markantesten Erscheinungen der Berliner Sozialdemokratie geworden, dessen bajuwarische Derbheit, durch angeborenen Humor gemildert, ihm eine große Volkstümlichkeit sicherte. Die große Arbeitskraft und Sachkunde des Jubilars, der wie im Reichstag so auch auf den Parteitagen ein gern gehörter Redner ist, hat sich besonders ausgewirkt in der Leitung des Vorwärts-Unternehmens, das unter Fischers Leitung zu einem der größten Druckerei-Unternehmen geworden ist. Die Parteiorganisation des zweiten Berliner Wahlkreises wird aus Anlaß des 25-Jahr-Jubiläums ihres Abgeordneten am 23. Juni eine Feier veranstalten, bei der Genosse Molkenbuhr, ein alter Kampfgefährte Fischers, die Festrede halten wird. —

Gewerkschaftliches.

Ein „Bärendienst" der Generalkommission.

Verflucht spät aufgestanden sind wieder einmal die Unabhängigen, um zur Ludendorffspende Stellung zu nehmen. Nachdem seit drei Wochen die öffentlichen Sammlungen im Gange sind, entdeckt der Unabhängige Sozialdemokratische Zeitungsdienst, daß die Generalkommission mit ihrer Zustimmung zur Ludendorffspende den Gewerkschaften einen wahren Bärendienst erwiesen habe. Die Gewerkschaften forderten doch immer rechtliche Ansprüche für Kranke und Krüppel; die industriellen Unternehmer seien aber für Wohlfahrtseinrichtungen, um die Arbeiter in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit zu halten, und nun habe die Generalkommission geholfen, die Renten unzulänglich zu halten, damit die Kriegsbeschädigten auf die Wohltaten der Unternehmer durch die Ludendorffspende angewiesen seien. Und tief entrüstet fragen die Unabhängigen, ob das nun praktische Gewerkschaftsarbeit sei, und entnehmen daraus die Berechtigung, weiter für die Arbeiterzersplitterung zu wirken.

Hätten sich die Herren Unabhängigen ein wenig besser informiert, so würden sie wissen, daß die Beteiligung der Gewerkschaften an der Ludendorffspende dafür gesorgt hat, daß die gesammelten großen Summen eben nicht als Instrument der „Wohltätigkeit" in Unternehmerhände kamen, sondern von einer Stelle verwaltet werden, welche die Gewerkschaften kontrollieren können. Und daß die Generalkommission ebenso wie die Kriegsbeschädigtenorganisationen ausdrücklich jede Bezugnahme der Rentenfestsetzung auf die Ludendorffspende abgelehnt und durchgesetzt haben, daß im Aufruf zur Sammlung ausdrücklich erklärt wird, daß sie unbeschadet der Verpflichtungen des Reiches erfolgt.

Soziales.

Muß ein Lehrmädchen die Fenster putzen? Das Kaufmannsgericht Halle a. S. hat, in Uebereinstimmung mit früher schon ergangenen Urteilen, entschieden, daß ein Lehrmädchen nicht verpflichtet ist, die großen Scheiben eines Schaufensters zu putzen, regelmäßig den Laden zu kehren usw. Solche Arbeiten gehören nicht zu den Obliegenheiten des Lehrpersonals, sie haben mit dem Erlernen der Geschäftsart nichts zu tun. Eine etwaige Verweigerung bildet daher auch keinen Grund zu sofortiger Entlassung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180626-16/fragment/page=0006